

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen

1934-1945



Am 16. September 1923 trat der steirische Schutzbund erstmals als geschlossene Formation in Graz auf.

Bei diesem Ereignis sprachen die Schutzbündler folgende Gelöbnisformel:

Wir geloben stete Treue unserer demokratischen Republik.

Wir sind bereit, sie gegen alle ihre Feinde zu schützen.

Wir sind bereit, sie mit Mut und Tatkraft gegen alle Anschläge zu verteidigen.

Wir werden immer für Recht und Freiheit unserer Klasse kämpfen.

Wir geloben es mit unserem Manneswort.

2023 feiern wir Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen die Gründung des Republikanischen Schutzbunds vor hundert Jahren.

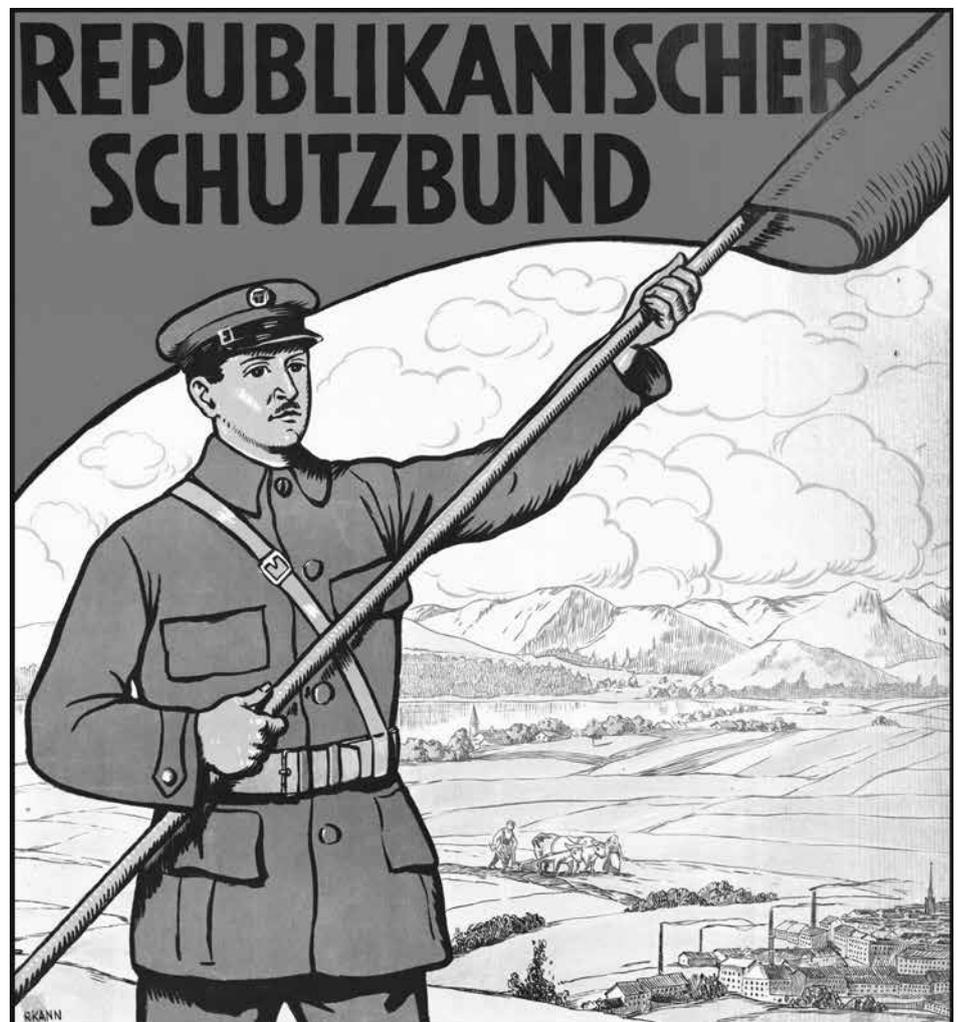
Diese Ausgabe enthält mehrere Artikel zu unserer Vorgängerorganisation. Wir sind stolz, das Erbe des Republikanischen Schutzbunds zu bewahren, unser Einsatz gilt dem Erhalt von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten.

Als besonderes Erinnerungsstück liegt dieser Ausgabe ein Plakat des Republikanischen Schutzbunds bei.

Wir bedanken uns bei Gin. Sigrid Exenberger-Bernthaler, die uns das Original zur Verfügung gestellt hat! Das Original-Plakat ist geringfügig kleiner als das beiliegende. Das beiliegende Plakat misst 50 x 70 cm und passt damit in handelsübliche Bilderrahmen.

Wir freuen uns, wenn das Plakat in Orts-, und/oder Lokalorganisationen, Sektionslokalen, Parteisekretariaten und und und zu sehen sein wird!

Nachschub bei den Landesverbänden!



**DER REPUBLIK ZUM SCHUTZ,
DER REAKTION ZUM TRUTZ!**





Gründung des Republikanischen Schutzbunds vor 100 Jahren

Das Ende des Ersten Weltkriegs brachte nicht nur einen Wechsel der Staatsform von der Monarchie zur Republik, es fand vor allem eine veritable Machtverschiebung im Staat statt. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die einzige Partei mit klaren Vorstellungen und politischen Zielen, entschloss sich, verlässliche, republikanisch gesinnte Elemente der sich auflösenden k. u. k. Armee zur „Volkswehr“ zusammenzufassen. Die Volkswehr sollte nach den Plänen der Partei sowohl eine revolutionäre Entwicklung, wie in Russland, als auch eine konterrevolutionäre, reaktionäre Entwicklung verhindern. Für die Konservativen in Österreich trug die Armee der Republik den Makel einer revolutionären Einrichtung. Mit dem Friedensvertrag von St. Germain-en-Laye musste Österreich sein Heer verkleinern. Als 1920 die Koalition aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen zerbrach, begann sehr bald eine als „Entpolitisierung“ bezeichnete Umpolung des neuen Bundesheeres, seiner Soldaten und Offiziere, von republikanisch-sozialdemokratisch auf antirepublikanisch-konservativ.

Schon bald nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in mehreren österreichischen Bundesländern paramilitärische Formationen, die zunächst als Ortswehren, Bürgergarden, Kameradschafts-, Frontkämpfer- und überparteiliche Selbstschutzverbände vor allem im Abwehrkampf an den Staatsgrenzen (Kärnten, Steiermark, Burgenland) auftraten. Diese Verbände wurden zu „Heimwehren“ zusammengefasst, die im Verlauf der 1920er Jahre zunehmend die Arbeiterbewegung als (innenpolitischen) Hauptgegner definierten. Daneben bestanden in den Industriegebieten in der Umbruchzeit bewaffnete Arbeiter- und Fabrikswehren.

Die innenpolitischen Machtverhältnisse hatten sich schon Anfang der 1920er Jahre gedreht, die Sozialdemokratie verlor ihre dominante Position, nun war ihr Ziel, zumin-



dest das Gleichgewicht der Klassenkräfte zu halten. Im November 1922 fand in Wiener Neustadt eine Konferenz zum Thema „Die Wehrhaftmachung des Proletariats“ statt, an der Vertreter der Partei, der Arbeitersportorganisationen, der Sozialistischen Arbeiterjugend und der Kinderfreunde teilnahmen. Die Gründung des „Republikanischen Schutzbunds“ war der konsequente nächste Schritt, hatte allerdings eine tragische Vorgeschichte:

Der damals 44-jährige Franz Birnecker war Betriebsrat im Gummierwerk Semperit in Wien-Baumgarten, damals Hietzing, heute Penzing. Seit seinem 19. Lebensjahr war Birnecker Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, dazu war er Mitglied des Vorstands der Chemiarbeitergewerkschaft. Am Abend des 17. Februar 1923 leitete er eine Versammlung seiner Ortsgruppe. In einem nebenan gelegenen Gasthaus fand zeitgleich die konstituierende Sitzung einer Ortsgruppe der „Partei der österrei-

chischen Monarchisten“ statt, als Saalschutz fungierten Mitglieder der rechtsextremen Vereinigung „Ostara“. Die Monarchisten fürchteten eine Sprengung ihrer Veranstaltung durch die Gewerkschafter und beendeten sie. Auf dem Heimweg kam es zu einem Tumult bei dem Franz Birnecker erschossen und zwei weitere Arbeiter verletzt wurden. Heute erinnern ein Denkmal am Baumgartner Friedhof und die Birnecker gasse in der Nähe des Donauturms an ihn.

Unter dem Eindruck dieses Ereignisses wurde schon am 19. Februar 1923 in Wien der „Republikanische Schutzbund“ konstituiert, die Zulassung durch das Innenministerium erfolgte am 12. April 1923, womit eine bundesweite Entfaltung ermöglicht wurde.

Zunächst als Ordner- und Schutzorganisation für sozialdemokratische Veranstaltungen gedacht, trat die Verteidigung der Republik und ihrer Errungenschaften immer

mehr in den Vordergrund der Aufgaben und Ziele des Schutzbunds.

In den ersten fünf Jahren seines Bestehens hatte der Schutzbund einen eher vereinsmäßigen als streng militärischen Charakter.

Der Republikanische Schutzbund war, ebenso wie die Heimwehren, einheitlich uniformiert, in Kompanien, Bataillone und Regimenten gegliedert und relativ gut mit Infanteriewaffen ausgerüstet. Der Zentralleitung, deren Sitz sich in Wien befand, gehörten neben Julius Deutsch auch Alexander Eifler und Theodor Körner an; in jedem Bundesland gab es darüber hinaus eine eigene Leitung.

Die Ereignisse des 15. Juli 1927 in Wien, der Brand des Justizpalastes mit 89 Toten, über 600 schwer und mehr als 1.000 leicht Verletzten, waren DIE Zäsur der Innenpolitik in Österreich und brachten auch eine Zäsur für den Republikanischen Schutzbund. Der sozialde-



mokratische Parteivorstand hielt fest: „Es darf in Zukunft nicht mehr kleinen Gruppen erlaubt sein, die ganze Arbeiterklasse in Kämpfe zu ungünstigen Bedingungen zu verwickeln. Strengste proletarische Disziplin ist notwendiger denn je.“ Seine größte Stärke erreichte der Schutzbund im Jahr 1928 mit etwa 80.000 Mitgliedern, vor allem in Wien, der Steiermark sowie in den Industriegebieten Nieder- und Oberösterreichs. Mit Beginn der 1930er Jahre verlor der Republikanische Schutzbund nicht zuletzt durch die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das Proletariat und seine Organisationen zusehends an Schlagkraft. Die Regierung Dollfuß sah in ihm dennoch ein Hindernis auf ihrem Weg zum autoritären Ständestaat und löste ihn per 30./31. März 1933 auf. Die Organisation blieb jedoch in der Illegalität, in der sie ca. ein Drittel ihrer Mitglieder verlor, bestehen und begann am 12.

Februar 1934 in Linz den - allerdings bereits aussichtslosen - Kampf gegen eine zum Äußersten entschlossene Regierung, die sich auf das Bundesheer, die Polizei und die Heimwehren stützen konnte. Der ausbleibende Generalstreik war mitentscheidend, dass der Aufstand erfolglos blieb. Das ständige Zurückweichen der Parteiführung vor dem Februar 1934 hatte zwei gegensätzliche Wirkungen: steigende Ungeduld der Schutzbündler und zunehmende Apathie der Massen. 1934 waren die letzten kriegsgeedienten Soldaten alle über 35 Jahre alt, d. h. fast alle 18- bis 35-Jährigen hatten mangels Wehrpflicht keine militärische Ausbildung. Das konnte durch Arbeitersportvereine und Schützenvereine nicht wettgemacht werden

Warum der Schutzbund nicht früher, als die Kampfbedingungen für die Arbeiterbewegung weit günstiger gewesen sind, in die Kon-

frontation gegangen ist? Am 10. März 1933 sprach Otto Bauer vor Vertrauensmännern: „Wir wissen: wenn es zur Entscheidungsschlacht kommt, wird dies Opfer kosten, die wir vor den Müttern dieses Landes nur verantworten können, wenn wir vorher alles getan haben, um eine friedliche Lösung auf demokratischer Grundlage möglich zu machen ... sollte unser Gegner es anders wollen, sollte er unsere Friedensbereitschaft verschmähen, dann soll er wissen, dass wir zu allem bereit sind, wirklich zu allem.“ Unser Bund bekämpft die „politischen Gefahren, die von Erscheinungen wie Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus ausgehen, und Organisationen, die diese Positionen vertreten“ (§2 1. des Statuts). Wir Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen verstehen uns als die ErbInnen der Schutzbündler. Gemeinsam mit der SPÖ bewahren wir dem

Republikanischen Schutzbund ein ehrendes Andenken.

Gerald Netzl ■





Februargedanken der Wiener Sozialdemokratie

Das große Gedenken für den Februar 1934 in Wien fand heuer zum ersten Mal im 14. Bezirk in Penzing am Schönbergplatz im Hugo-Breitner-Hof statt. Unter der bewährten musikalischen Begleitung der Gruppe Morgenrot gelang der Wiener SPÖ-Bildung, dem Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen und der Sozialistischen Jugend Wien in großartiger Zusammenarbeit mit der Bezirksorganisation der SPÖ Penzing ein eindrucksvolles Gedenken. Hunderte TeilnehmerInnen, unter ihnen Bundesparteivorsitzende Genossin Pamela Rend-Wagner, waren zugegen. Die Veranstaltung fand ihren würdigen Ausklang beim gemeinsamen Singen von ArbeiterInnenliedern mit der Sozialistischen Jugend im Casino Baumgarten.

Bei der Begrüßung machte der Direktor der Wiener Bildungsakademie Marcus Schober darauf aufmerksam, dass Demokratie in der Geschichte nie eine Selbstverständlichkeit war. Nur dreißig Prozent der Staaten weltweit besitzen stabile Demokratien.

Landtagspräsident Ernst Woller, Vorsitzender der Wiener SPÖ-Bildung, erinnerte an den ab 1920 amtsführenden Stadtrat für das Finanzwesen Hugo Breitner. Er führte die am 20. Jänner 1923 im Gemeinderat beschlossene zweckgebundene Wohnbausteuer ein. Dadurch wurden in Wien zwischen 1923 und 1934 über 66.000 (!) neue Wohnungen geschaffen. Hugo Breitner war ab dem 12. Februar 1934 unter dem austrofaschistischen Regime 14 Wochen in Haft.

„Der 12. Februar war ein Tag des ‚roten Mutes‘, ein Tag des Widerstandes, ein Tag des Kampfes für die Demokratie!“ so der Stadtrat und stolze Bezirksparteivorsitzende der SPÖ Penzing Jürgen Czernohorzký. Er informierte über die Kämpfe im Bezirk, die Besetzung der Remise Breitensee durch den Schutzbund, die Kämpfe in der Breitenseer Straße 108-112, im Schimonhof und bei der Feuerwache am Steinhof.

Alexander Wrabetz, der neue Präsident des SK Rapid, verwies in seiner Rede darauf, dass der als „Erster Wiener Arbeiter-Fußballklub“ 1899 gegründete Verein im Austrofaschismus unter ständiger polizeilicher Beobachtung stand, da viele der Spieler Mitglieder der schon verbotenen SDAP waren. Rapid ließ sich nicht von der Vaterländischen Front vereinnahmen. Für Rihab Toumi, die Vorsitzende der Sozialistischen Jugend Wien, bedeutet Gedenken für eine bessere Jugend zu kämpfen. Es gelte daher besonders laut zu sein gegen eine FPÖ, die Jugendliche in Wien ihr Existenzrecht abspricht. Erinnern heißt auch immer kämpfen!

Gerald Netzl, Vorsitzender unseres Bundes, war glücklich, dass sein Vorschlag, die Feier in Penzing durchzuführen, angenommen wurde. Er erinnerte an die drei Todesopfer der Februartage in Penzing. Das waren der Hilfsarbeiter Ferdinand Blat, die Zivillistin Frau Leopoldine Aschauer und der Polizist Leopold Distl. Dabei gedachte er auch der Gewaltopfer aus dem Jahre 1923, wie der Ermordung Franz Birneckers am 17. Februar 1923 durch Rechtsextreme. Sie war Auslöser für die Gründung des Republikanischen Schutzbundes im März 1923. Des Weiteren wurde der Eisenbahnschaffner Karl Still im Mai in Favoriten von Nationalsozialisten getötet. Franz Kovarik wurde im Alter von 16 Jahren in Spillern bei Korneuburg von Nazis ermordet. Gerald Netzl schloss „Es ist unsere Pflicht die Gräber der GenossInnen, die gestorben sind, zu bewahren.“ Er versprach, sich für die Widmung des Grabes des gehenkten Februartagekämpfers Emil Svoboda in ein Ehrengrab einzusetzen (Die Gräber der ebenfalls gehenkten Karl Münchreiter und Georg Weissel haben diesen Status bereits, Anm.).



Markus Sibrava

Bürgermeister Michael Ludwig sagte gleich zu Beginn seiner Abschlussrede das Ehrengrab für Emil Svoboda zu. „Das Ende der Demokratie begann nicht mit dem 12. Februar 1934, sondern war ein schleicher Prozess in den 1920er Jahren.“ so der Vorsitzende der SPÖ Wien. Er kritisierte die Verrohung der Sprache in der Gegenwart anhand der Aussage Herbert Kicks, dem Bundespräsidenten „den Schädel gerade zu rücken“ in Verbindung zu der historischen Aussage des Heimwehrführers Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg „Wir werden nicht ruhen, bis der Kopf des Asiaten in den Sand rollt.“ die sich gegen Hugo Breitner richtete. Genosse Ludwig beendete seine Rede mit den Worten: „Es ist unsere Aufgabe heute wieder dagegen aufzutreten, wenn es wieder ähnliche Bestrebungen gibt. Das sollten die Lehren aus den Februar 1934 sein.“

Dominik Lang ■



Gerald Netzl

Der Grabstein auf dem Grab von Emil Svoboda



Februarfeiern in Oberösterreich



FK Oberösterreich

Die GenossInnen bei der Gedenkveranstaltung im Hof des Gebäudes Landstraße 36 in Linz (vormals Hotel Schiff)

Den Traditionen der FreiheitskämpferInnen im stetigen Auftrag des Erinnerns folgend gedachten die FreiheitskämpferInnen Oberösterreich abermals den Februarkämpfen des Jahres 1934. Den Auftakt bildete die Gedenkfeier am 10. Februar in Holzleithen (Gemeinde Ottnang i. Hausruck) abends gegen 18:00. In seiner Rede erinnerte Vorsitzender Samuel Puttinger an die Opfer und kämpfenden Personen in Holzleithen, an ihren unermüdlichen Einsatz für Demokratie und Freiheit. Nach Jahren der Beschränkungen durch die Pandemie nahmen hier gut 50 Personen teil – aus allen Altersschichten.

und versuchten, die Opfer des Februar 1934 für ihren Zweck zu instrumentalisieren.

Für die FreiheitskämpferInnen OÖ ist eines klar: die einzigen, die sich in Oberösterreich FreiheitskämpferInnen nennen dürfen, sind nicht diese demokratiegefährdenden, leugnenden, egoistischen Fanatiker – sondern einzig wir!

Am Tag des Geschehens, dem 12. Februar, begann das Gedenken in Linz um 8:15 am Stadtfriedhof St. Martin mit einer Kranzniederlegung in Erinnerung an die Opfer des 12. Februars sowie der Verfolgung. Nächste Station bildete das Denkmal für Anton Bulgari am Bulgariplatz um 9:00, wo ebenso Kranz und Blumen niedergelegt wurden. Es wurde dem zu Unrecht ermordeten Bulgari, der an diesem Platz vor 89 Jahren an den Kämpfen aktiv beteiligt war, erinnert. Das Ende bildete die Gedenkveranstaltung im Hof des Gebäudes Landstraße 36 (vormals Hotel Schiff) um 9:30. Gut 140 Personen, nahmen an der Veranstaltung teil. In seinem Redebeitrag betonte Genosse Puttinger wie wichtig Erinnern und Gedenken für uns als Gesellschaft sein muss, als Mahnung der Gefahren und Schwierigkeiten einer jeden Demokratie. Nach dem Gedenken gab es eine Matinee der SPÖ OÖ zum Thema „Demokratie – damals und jetzt“ mit Natascha Strobl und Fabio Wolkenstein. Im Anschluss veranstaltete die SJ OÖ einen Rundgang zu einigen der Schauplätze des 12. Februar in Linz wie dem Hessenplatz und der Diesterwegschule.

Samuel Puttinger ■

Für den letzten Teil des Erinnerns ging es am selben Tag nach Steyr, wo um 17:00 an der Ennsleite den 12 Opfern der Steyrer Kämpfe gedacht wurde. Unter den 120 teilnehmenden Personen war Franz Weiss, ehem. Bürgermeister von Steyr, der als Teil der Veranstaltung die Victor-Adler-Plakette für seine Dienste erhielt. Eine Notiz zu Steyr: Nach Ende des Gedenkens zogen die Steyrer „Spaziergänger“, eine Gruppe von Pandemieleguern, Autoritären und selbsternannten „Kämpfern für Freiheit“ zum Denkmal



FK Oberösterreich

Die GenossInnen beim Februarkämpferdenkmal auf der Ennsleite in Steyr



Februarfeiern in Wiener Bezirken und in Mödling

In elf Wiener Bezirken haben Feiern bzw. Kundgebungen unserer Bezirksgruppen gemeinsam mit der SPÖ und den Jugendorganisationen stattgefunden. Zum Redaktionsschluss erreichten uns diese Bilder.

Gerhard Antes



Die FreiheitskämpferInnen Otkatrik trafen sich bei der Gedenktafel beim ehemaligen Arbeiterheim. Bezirksvorsitzende Julia Hinterseer-Pinter betonte in ihrer Rede die Bedeutung unseres Gedenkens in einer Zeit ohne ZeitzeugInnen.



@realitetskomplikation // Asja Ahmetovic

Am 11. Februar fand das Gedenken in der Brigittennau statt und war sehr gut besucht. Besonderes Augenmerk lag auf den Widerstandskämpfern Josef Gerl und Johann Pokorny.

SPÖ Mödling



SPÖ- und FreiheitskämpferInnen-Vorsitzender Hannes Weninger (l.), Gerald Netzl und GenossInnen bei der Feier am Friedhof Mödling



Franz Gehringner



Die GenossInnen in Liesing, unter ihnen BV Gerald Bischof, trafen sich bei der Gedenktafel an der Wohnbaugenossenschaft „Wien-Süd“

SPÖ Mödling



Traditionell treffen sich FreiheitskämpferInnen und SPÖ beim Denkmal für die gefallenen Februarkämpfer am Meidlinger Friedhof

Jürgen Brunner



Die GenossInnen der Donaustadt bei der Gedenktafel am Goethehof, v. l. n. r: Niko Pretterhofer, JG, Ruth Becher, Sektion 6, Josef Taucher, SPÖ 22, Clemens Weigl, SJ 22, Katharina Linemayer, FK 22



Zur Organisationsgeschichte des Republikanischen Schutzbundes

Die Gründung des Republikanischen Schutzbundes 1923 als sozialdemokratischer paramilitärischer Verband war ein Resultat von Entwicklungen, die bereits im Übergang von der Monarchie zur Republik 1918 einsetzten. Ihm gingen drei proletarische Selbstverteidigungsformationen voran, die nun zusammengeführt wurden: Parteiordner (seit den 1890ern), Fabrik- und Arbeiterwehren (seit der Umsturzeit 1918) und Ordnerabteilungen der Arbeiterräte (in Folge der Ereignisse des 15. Junis 1919 aufgestellt, als die Polizei bei einer Demonstration von AnhängerInnen der Kommunistischen Partei in die Menge schoss und zwanzig Personen starben). Neben dem Ziel, sich gegen das bürgerliche Lager verteidigen zu können, gehörte zu den Motiven auch eine Kanalisierung proletarischer Militanz, sowie die Disziplinierung der eigenen Mitglieder. Der Aufbau der Struktur des Schutzbundes folgte klassisch militärisch-hierarchischen Vorstellungen, was sich ebenso in seinem frühen Führungspersonal widerspiegelte. Nach der Auflösung der Arbeiterräte 1924 trat der Schutzbund deren Nachfolge an, übernahm Vermögensteile, Lokale, Einrichtungen, eingezahlte Beiträge und Delegationsmöglichkeiten. Zwei Jahre später trat der Schutzbund in den Arbeiterbund für Sport und Körperkultur (ASKÖ) ein, was sowohl den Erhalt von Subventionen vereinfachte als auch mehr Wehrsportler in den Verband bringen sollte.

Als richtungweisend auch für die Organisationsgeschichte des Schutzbundes sollten sich die Ereignisse des Justizpalastbrandes am 15. Juli 1927 erweisen. Das Polizeimassaker an demonstrierenden ArbeiterInnen, sowie die Niederschlagung des von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAPÖ) als Reaktion ausgerufenen Verkehrsstreikes führten einerseits zum Aufschwung rechter Milizen, andererseits zu verstärkten Bemühungen der Partei, den Schutzbund zu vergrößern und strikter zu disziplinieren. Das im Herbst des Jahres erfolgte Reformprogramm lässt sich zusammenfassen unter den Stichpunkten der „Reorganisation, Militarisierung, Disziplinierung und somit Entpolitisierung“. Während der Schutzbund zuvor auch politischer Verein war, mit Versammlungen zwecks Diskussionsabenden, der Wahl bestimmter Funktionen (politischer Leiter sowie den unteren militärischen Kommandanten bis zur Ebene des Kompanieführers), wurde er nun in strenger militärische Bahnen überführt. Die Diskussionen wichen Appellen. Sowohl die Aufnahme, als auch potentielle Ausschlüsse wurden politisch strenger gehandhabt, was zu einer „politischen Säuberung“ in den Reihen des Schutzbundes genutzt wurde, um insbesondere Kommunisten auszuschließen.

Im Dezember 1930 wurde die Gründung sogenannter Alarmabteilungen, also einer Art Elitegruppen, die aus jüngeren und körperlich fitten Mitgliedern des Schutzbundes bestanden, beschlossen und insbesondere in Wien in den nächsten Monaten durchgeführt.

Die Auflösung des Schutzbundes erfolgte im März 1933, nach der Auflösung des Parlaments. Die Regierung näherte sich zunächst zögerlich an: Nach lokalen Zusammenstößen auf Grund des Versuchs der Regierung, das Wiederezusammentreten des Parlaments zu verhindern, wurden die ansässigen Schutzbundorganisationen in Waidhofen an der Ybbs und in Tirol verboten. Der sozialdemokratische Protest dagegen fiel handzahn aus – was die Regierung darin bestärkte, nunmehr den gesamten Schutzbund aufzulösen. Die Parteispitze und die Schutzbundleitung wurden nicht überrascht von diesem Entschluss, sondern hatten diesen soweit vorgegenommen, dass sie bereits drei Tage vor der offiziellen Auflösung das Vereinsvermögen an die Partei überwiesen und Anweisung für „Demonstrationsbummel“ für den Fall der Auflösung gegeben hatten.



IHSE-Archiv

Angehörige des Republikanischen Schutzbundes Innsbruck 1933

Die Partei hatte einmal mehr ihren „institutionellen Weiterbestand auf Kosten wirklicher politischer Macht“ gesichert und damit ihren wichtigsten Machtfaktor aus der Hand gegeben. Zwar wurden in der Folgezeit neue Ordnerschaften, die sogenannten Propagandaabteilungen, gegründet, vergleichbar waren deren Möglichkeiten mit denen des Schutzbundes jedoch nicht. Uniformierte Machtdemonstrationen und militärische Ausbildung für die Mitglieder waren unmöglich, die Bewaffnung konstantes Problem. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei verlor zwischen März 1933 und Mitte Jänner 1934 ein Drittel ihrer Mitglieder. Die genauen Mitgliederzahlen der Ordnerschaften sind schwer zu ermitteln, da diese eben kein eigenständiger Verein mehr waren, sicher ist, dass sie stark dezimiert waren – „[d]er Großteil der Schutzbündler wollte damals nicht mehr mittun“, so Schutzbund-Stabschef Alexander Eifer im April 1935 bei seiner Aussage im Prozess gegen ihn und andere führende (Wiener) Schutzbündler.

Charlotte Rönchen ■

Niemals vergessen!

Der Bundesvorstand hat beschlossen, anlässlich 90 Jahre Februar 1934 die Publikation lokaler oder regionaler Schriften über den 12. Februar 1934 zu unterstützen: Grafik/Layout und/oder Druck (nicht die Textierung!) werden mit bis zu € 1.000,- gefördert. Für bis zu fünf Publikationen stehen Mittel zur Verfügung. [Anfragen bzw. Einreichung bis 31. August 2023 kaempfer@spoe.at](mailto:anfragen@kaempfer.spoe.at)



Erinnern in Wien-Neubau

Unter dem Motto „Das Novemberpogrom und das jüdische Leben im Bezirk Neubau“ luden die FreiheitskämpferInnen der Bezirksgruppe 6,7,8 gemeinsam mit der SPÖ Neubau und der Jungen Generation zu zwei Veranstaltungen ein: eineM Bezirksspaziergang und einem Diskussionsabend. Die Autorin und Expertin für die Neubauer Geschichte von 1938-1945, Evelyn Steinthaler bot im Bezirksspaziergang einen bewegenden Einblick in das jüdische Leben dieser Jahre. Die Kreativwirtschaft prägte schon damals den Bezirk, mit Film, Fotografie und Mode, neben den zahlreichen Produktionsstätten und Gewerbetreibenden.

Die Diskussion mit Student und Auslandsdiener des Jahres 2020 Jonathan Dorner, Evelyn Steinthaler und Thomas Kreuz vom Verein Reumannplatz und Inhaber von „WauWau Pfeffermühlen“ fand unter reger Publikumsbeteiligung statt.

1934 gab es in Wien-Neubau den höchsten Anteil (14,8 %) an Bezirks-



SPÖ Neubau

v. l. n. r. Evelyn Steinthaler, Jonathan Dorner, Thomas Kreuz und Gallus Vögel

bewohnerInnen jüdischer Herkunft. Gedacht wurde der vielen Opfer, im speziellen auch Emil Maurer. „Maurer war nicht nur der erste sozialdemokratische Bezirksvorsteher in Neubau, sondern auch der erste Bezirksvorsteher (1932-1934) jüdischer Herkunft in Wien“, erzählte Gallus Vögel von der SPÖ Neubau. Maurer wurde 1934 im Austrofaschismus seines Amtes enthoben und verhaftet. „Unsere gesellschaftliche Verantwortung ist es, die Erinnerung an das Leiden und die Schicksale der Verfolgten im Naziregime, wach zu halten.“ Annemarie Hopfgartner ■

LAUT FÜR ALLE! - VSStÖ kandidiert für die ÖH Wahlen 2023

Vom 9.-11. Mai 2023 haben alle Studierenden in Österreich wieder die Möglichkeit, ihre Stimme bei den Wahlen zur Österreichischen Hochschüler_innenschaft (ÖH) - der gesetzlichen Interessenvertretung aller Studierenden - abzugeben. Als Verband Sozialistischer Student_innen in Österreich (VSStÖ) kandidieren wir bundesweit, sowie an verschiedenen Hochschulstandorten in ganz Österreich. Unsere Spitzenkandidatin Nina Mathies setzt im Wahlkampf vor allem auf die Themen soziale Absicherung aller Studierenden, gerechte Studienbedingungen und leistbares Wohnen.

Seit mittlerweile 130 Jahren kämpfen wir als VSStÖ dafür, dass Bildung unabhängig von der Herkunft oder der Geldtasche der Eltern für alle zugänglich ist. Gerade jetzt, in Zeiten diverser Krisen, schauen die meisten Studierenden durch die Finger. Durch die aktuelle Steigerung der Energiekosten sitzen wir in kalten Hörsälen, unsere unbeheizten WG Zimmer sind kaum noch leistbar und beim täglichen Einkauf drehen wir jeden Euro dreimal um. Neben dem steigenden Leistungsdruck müssen wir Betreuungspflichten, Nebenjobs und anderen Verpflichtungen nachgehen.

Als VSStÖ - als Verband und in der ÖH - stehen wir kompromisslos an der Seite der Studierenden: Wir haben durch die Krisen hinweg Studierende

beraten, dringend notwendige Fördertöpfe eingeführt und sind auf die Straße gegangen, wenn die schwarz-grüne Bundesregierung wieder einmal mit unserer Bildung spielt. Das alles spiegelt unsere Wurzeln in der antifaschistischen Arbeiter_innenbewegung wieder, für deren Grundwerte wir uns tagtäglich einsetzen. Seit der Nachkriegszeit ist der VSStÖ die starke antifaschistische Stimme in der ÖH. In den 1960ern waren wir federführend an der Entnazifizierung unserer Hochschulen beteiligt, heute sind wir stetig gegen Sexismus, Rassismus und Homophobie auf der Straße. Sowohl gegen die rechte Politik von schwarz-blau in den 2000ern und ab 2017, als auch gegen die sozial selektive schwarz-grüne Regierung haben wir von Anfang an protestiert. Und das wird auch so bleiben: Als VSStÖ wollen wir weiterhin als stimmenstärkste Fraktion auf der ÖH für alle Studierenden da sein, deren Stimme ohne uns überhört wird. Dafür benötigen wir jede Stimme!

Wenn du selbst noch studierst, geh von 9.-11. Mai 2023 wählen und erzähle deinen Freund_innen, Bekannten, Kindern, Enkelkindern und Genoss_innen davon. Gemeinsam sind wir LAUT FÜR ALLE!

Nina Mathies ■

Landeskonzferenz in Innsbruck

Am 10. Dezember 2022, am „Tag der Menschenrechte“, fand die ordentliche Landeskonzferenz der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen Tirol statt. Elisabeth Fleischanderl wurde erneut als Vorsitzende gewählt und der gesamte Vorstand erhielt 100% Zustimmung. Wolf Grünzweig, zuvor Schriftführer, wurde stellvertretender Vorsitzender, ebenso Helmut Muigg. In dieser neuen Vorstandsperiode wird man sich wieder vermehrt der Öffentlichkeitsarbeit und der Erinnerung im öffentlichen Raum widmen. Wir leben in einer Zeit, in der in vielen Ländern die Grundfesten der Demokratie ins Wanken geraten, umso wichtiger ist es an das was wir zu erinnern, damit es nie mehr wieder passiert. Das ist die zentrale Aufgabe der FreiheitskämpferInnen. Denn „Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!“ dürfen niemals leere Worte werden. Die Tiroler GenossInnen freuen sich sehr über die Teilnahme von Bundesvorsitzenden Gerald Netzl, Abg. Selma Yildirim und StRin Elli Mayr an der Landeskonzferenz. Im Anschluss an die Konferenz hielt Nikolaus Kowall einen Vortrag über „Mitbestimmungsgap – Diskussion über das Staatsbürgerschaftsgesetz“. Im Zuge der Veranstaltung wurden zwei außergewöhnliche Persönlichkeiten geehrt, die mit ihrer antifaschistischen Arbeit einen großen Teil zur Erinnerungs- und Aufklärungskultur beitragen:

Drⁱⁿ Gisela Hormayr ist mit ihrer Arbeit eine unverzichtbare Kraft in der

Erinnerungskultur in Tirol und wurde mit der Rosa-Jochmann-Plakette ausgezeichnet. Sie lässt Geschichte leben, so manche Geschichten sind erst durch ihre Forschung der Öffentlichkeit bekannt geworden. Gisela Hormayr gibt jenen eine Stimme die selbst ihre Geschichte nicht mehr erzählen können.

Genosse Martin Ortner wurde mit der Otto-Bauer-Plakette ausgezeichnet. Bei Martin hat der antifaschistische Kompass immer die Richtung vorgegeben. Für die Auszeichnung waren bei ihm besonders zwei Komponenten maßgeblich: Die Universität und das Renner-Institut. Martin Ortner lebte den Ausspruch „Kein Fußbreit dem Faschismus“ in Innsbruck und setzte sich gegen die rechtsextreme Szene in Innsbruck und immer wieder gegen die aufkeimenden Tendenzen des Faschismus zur Wehr.



FK Tirol

v. l. n. r. Gerald Netzl, Gisela Hormayr, Martin Ortner und Elisabeth Fleischanderl

Elisabeth Fleischanderl ■

Werner Anzenberger in der Donaustadt

Am 24. Jänner lud unsere Bezirksgruppe Donaustadt den steirischen Landesvorsitzenden und stv. Bundesvorsitzenden Werner Anzenberger zu einem Vortrag über den Vormarsch der RechtspopulistInnen in Europa. „Was sind die historischen und politischen Gründe für jenen gesellschaftlichen Strukturwandel, den wir alle verfolgen? Schlittern wir tatsächlich in ein ‚autoritäres Jahrhundert‘, vor dem uns Ralf Dahrendorf schon vor gut zweieinhalb Jahrzehnten gewarnt hat?“ waren nur zwei der spannenden Fragen, die der Referent mit den TeilnehmerInnen engagiert diskutierte. Da durfte im Vortrag auch Francis Fukuyama nicht fehlen. In jungen Forscherjahren stellte er die These vom „Ende der Geschichte“ auf und propagierte einen weltweiten Siegeszug der liberalen Demokratien. Ein Irrtum, wie sich herausstellte. Heute sind es die illiberalen Demokratien, die zusehends für eine schleichende Erosion der demokratischen Institutionen sorgen.



David Habermann

Werner Anzenberger referierte in der Donaustadt

Christine Hulatsch ■



Matteo Gebhart

Deutscher Fleiß?

In einem Gebäude im Kai Viertel in der Stadt Salzburg, wo das Land Salzburg langjährig eingemietet ist, hing viele Jahrzehnte eine Collage/Bilderschrift mit folgender Inschrift: „Am 16. Oktober 1944 ist dieses Haus von amerikanischen Bomben bis auf seine römischen Grundmauern zerstört worden. Deutscher Fleiß hat es im Jahr 1949 wiederaufgebaut.“ Mit dem Hinweis von Sepp Sailer (Mitglied in unserem Bund und Personalvertreter beim Land Salzburg): „Deutscher Fleiß hat sicherlich nichts aufgebaut, vielmehr nur zerstört!“, gingen Landtagsabgeordneter

Max Maurer und Landesvorsitzender Matteo Gebhart der Sache auf offiziellen Wege nach. Nach zwei Monaten wurde das Bild, an dem abertausende Parteien bei Amtsgängen vorbeigegangen sind, zumeist wohl ohne ihm wirklich Beachtung zu schenken, entfernt. Wir bitten alle, aufmerksam auf Inschriften zu achten und uns solche Hinweise zu geben.

Matteo Gebhart ■

Es sind die Mutigen, die den Frieden weitertragen

Eine Lesung mit der Schriftstellerin Eva Possnig-Pawlik zu ihrem Roman „Die Weberin“ fand am 12. November 2022 im Gemeindezentrum in Annabichl in Klagenfurt statt. Die Veranstaltung wurde vom Verein Impulse, den Kärntner FreiheitskämpferInnen und der SPÖ Stadtteilorganisation organisiert. Musikalisch begleitet wurde die Lesung von Michael Erian am Saxophon, den Ehrenschatz übernahm Landeshauptmann Peter Kaiser. Der Roman „Die Weberin“ kurz beschrieben: In einer Welt, die sich rasant verändert, wird die Romanfigur Carla mit dem Älterwerden und mit Erinnerungen, die sie lange verdrängt hat, konfrontiert. Nachforschungen führen sie auch zurück nach Kärnten, in die Heimat der verstorbenen Großeltern. Ihre eigene Geschichte erlebt sie zunehmend als einen Nachhall der historischen Ereignisse, wie der Zeit des Austrofaschismus, der Pogrome und der Deportation der Kärntner Slowenen im Jahr 1942 während der NS-Diktatur.

Eva Possnig-Pawlik, geb. 1960 in Klagenfurt, schreibt lyrische Prosa und Gedichte. Sie gewann im Jahr 2020 den 13. Lyrikwettbewerb der Klagenfurter Stadtwerke. Der Roman erschien 2020 im Verlagshaus Hernalds.

Martin Gressl ■



Carmen Detsnig

v. l. n. r. GR Gabriela Holzer, Martin Gressl (Vorsitzender FreiheitskämpferInnen Kärnten), Tina Petritz-Strobl (SPÖ), Autorin Eva Possnig-Pawlik, Heinz Pichler (Obmann Verein Impulse), Musiker Michael Erian und Susanne Rogel (Verein Impulse)

Vox und die Radikalisierung der Rechten im heutigen Spanien

Seit Ende 2018 sind in Spanien Wahlerfolge der extremen Rechten zu beobachten. Dafür verantwortlich ist Vox, eine Partei unter der Führung von Santiago Abascal, einem ehemaligen höheren Parteifunktionär des Partido Popular (PP, Volkspartei) aus dem Baskenland. Ihr bemerkenswertes Wahlergebnis (15 % der Stimmen bei den jüngsten Parlamentswahlen im November 2019) hat zusammen mit dem von Chega! in Portugal (12 % im Jahr 2021) der sogenannten „iberischen Ausnahme“ ein Ende gesetzt. Dieser These zufolge sei die extreme Rechte in beiden Ländern nicht in der Lage gewesen, über einen gewissen Stimmanteil hinaus zu kommen. Viele Analysten hatten jahrelang argumentiert, dass die Erfahrungen der Franco- und Salazar-Diktaturen die spanische und portugiesische Gesellschaft gegen ultrarechte Positionen immunisiert hätten. Diese seien eher marginal gewesen und vielmehr auf die Nostalgie einiger rechter Sektoren - insbesondere in Spanien - beschränkt als auf die Möglichkeit eines Projekts für die Gegenwart oder die Zukunft. Dies hat sich in den letzten Jahren radikal geändert, zum Teil aufgrund endogener Ursachen in den einzelnen Ländern, zum Teil unter dem Einfluss des starken internationalen Vordringens der radikal-populistischen Rechten.

Vox entstand Ende 2013 als Abspaltung vom ultrakonservativen Teil des damals regierenden Partido Popular, der sich zunehmend radikalisiert hatte, weil die spanische Rechte die progressive Agenda der Regierungen des Sozialdemokraten Zapatero (2004-2011) und die Mäßigung, die sie dem konservativen Präsidenten Rajoy (2011-2018) zuschrieb, vehement ablehnte. In den ersten Jahren erhielt die neue Partei jedoch nur wenig Unterstützung, bis die internen Probleme des PP (Korruptionsskandale und der Verlust der nationalen Regierung im Jahr 2018), Kataloniens Unabhängigkeitsversuch und der Vormarsch

einer neuen und kämpferischen Linken ein Umfeld schufen, das den Wechsel vieler WählerInnen zur „unverblümt“ Rechten unter Abascals Führung begünstigte.

Seit 2018 hat Vox eine wachsende Präsenz in den Medien, im Parlament und in den sozialen Netzwerken erreicht, indem die Partei ihre Ideen durch aggressive Kampagnen voller Fake-News, Manipulationen und Beleidigungen gegenüber ihren Gegnern verbreitet hat. Auf diese Weise ist es ihr auch gelungen, dem PP ihren Diskurs aufzuzwingen (siehe den Fall der Präsidentin der Madrider Region, Isabel Díaz Ayuso), denn der PP teilt mit Vox nicht nur viele kulturelle Werte, sondern auch ein potentiell Wählerklientel.

Vox und die ihr nahestehenden Kreise zeichnen sich durch einen Diskurs aus, der darauf abzielt, primäre Emotionen zu wecken, und der auf einem übersteigerten unitaristischen spanischen Nationalismus basiert, der das „imperiale“ und franquistische Narrativ der Vergangenheit wieder aufleben lässt. Dieser Diskurs wird noch ergänzt durch ständige Angriffe auf migrantische Gruppen, die mit Kriminalität und der „islamistischen Bedrohung“ in Verbindung gebracht werden, sowie durch die Ablehnung von Feminismus oder LGBTQIA+-Rechte. Nicht zuletzt verteidigt die Partei durchaus neoliberale Ansätze und greift Gewerkschaften sowie die Steuer- und Sozialpolitik der Mitte-links-Regierung an. Diese Positionen sind mit einer systematischen Disqualifizierung ihrer politischen Konkurrenten sowie mit allen Arten von verunglimpfenden Angriffen gegen progressive Gruppierungen, Mitte-rechts-Kreise und periphere Nationalismen verbunden, die als antispanisch und Mitglieder eines „progressiven Konsenses“ gebrandmarkt werden.

In Spanien wurde viel über die



Wikimedia

Gründe für das Auftauchen von Vox, über ihre Charakteristika und ihre Wurzeln diskutiert: Ist sie eine neofranquistische Formation oder eine neue Ultrarechte? Vertritt sie einen wütenden Teil des traditionellen Konservatismus oder ist sie Teil der radikal-populistischen Rechten im Stil von Trump bzw. Meloni? Ist sie eine Partei der wohlhabenden Klassen oder erhält sie Unterstützung aus den marginalisierten Schichten?

Es gibt darauf keine eindeutigen Antworten da Vox vielfältige Wesensmerkmale und eine gewisse interne Pluralität aufweist. Ihre Positionen liegen im Allgemeinen näher an Orbán, Kaczynski oder Meloni als an Marine Le Pen oder Salvini, obwohl ihre Gemeinsamkeiten mit der gesamten europäischen sowie latein- und US-amerikanischen radikalen Rechten bemerkenswert sind. Die Anfänge von Vox weisen eindeutig auf ihre Herkunft aus dem rechten Flügel der PP hin, auf einen starken Konservatismus, in dem die nie verschwundene Franco-Nostalgie zum Vorschein kommt. Der Eintritt radikalerer Kader und Aktivisten aus falangistischen und neonazistischen Gruppen in die Partei sowie der Einfluss des Trumpismus, antiglobalistischer Ansätze und teilweise sogar von Verschwörungserzählungen im Stil von „QAnon“ haben sich jedoch sowohl innerhalb von Vox als auch im öffentlichen Diskurs

bemerkbar gemacht. Soziologisch gesehen sind ihre Führung und ihr größter Rückhalt zwar beim traditionellen Großbürgertum, den Rentiers und Unternehmern angesiedelt, die ursprünglich starke Verbindungen mit dem Franquismus aufwiesen, doch hat sie auch in Teilen der „aufstrebenden“ Mittelschicht und sogar in der ArbeiterInnenenschaft (vor allem in einigen ländlichen Gebieten) beträchtliche Unterstützung gefunden.

Was die Gründe für die rasche Expansion von Vox betrifft, so muss man neben den bereits erwähnten Umständen und internationalen Faktoren auch das Vorhandensein eines großen Nährbodens berücksichtigen. Jahrzehntelang hat die spanische Rechte, insbesondere in den Massenmedien, sehr aggressive Diskurse und Stereotypen gegen die Linke, periphere Nationalismen, Gewerkschaften, EinwanderInnen und den Feminismus, im Namen eines ausgrenzenden spanischen Nationalismus verbreitet, der oft mit einer wohlwollenden Vision der Franco-Diktatur verbunden war. Diese Diskurse haben dazu geführt, dass sich die Grenzen des Sagbaren so verschoben haben, dass extremistische Diskurse leicht Fuß fassen können.

Julián Sanz Hoya, ■
Universitat de València
Übersetzung

Antonio Morant i Ariño ■



Für unsere KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen

Die Betreuung der KZ-Überlebenden und ihrer Hinterbliebenen ist neben unserem antifaschistischen und historischen Engagement das wichtigste Anliegen der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen. Jedes Opfer wird, wenn gewünscht, von uns besucht.

Insgesamt entfällt im Durchschnitt ein halber Tag pro Woche auf diese, natürlich ehrenamtliche, Betreuung. Die Bedeutung von Anrufen (und auch Hausbesuchen) besteht darin, durch persönliche Gespräche der Vereinsamung der Opfer entgegenzuwirken. Da alle Betreuten schon sehr betagt sind, kümmern wir uns vor allem um ihre gesundheitliche Lage und finanziellen Anliegen. Dabei konnten wir zum Beispiel schon sehr oft Hilfestellung für eine Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung des Pflegegeldes geben.

Ein besonderes Anliegen sind uns Beratung und Hilfestellung für die Zuerkennung beziehungsweise die Erhöhung von Opferrenten aufgrund haftbedingter Gesundheitsschäden.

Genosse Peter Weidner begleitet die KZ-Überlebenden und Hinterbliebenen auch ins Sozialministeriumservice (vormals Bundessozialamt und noch früher Landesinvalidenamt), um dort mit ihnen um einen Parkausweis nach § 29 b anzusuchen und begleitet sie zum ärztlichen Sachverständigen. Diese § 29 b-Parkausweis-Bestimmungen gelten auch für Lenkerinnen und Lenker von Fahrzeugen, während sie einen Menschen, der diesen Ausweis besitzt, befördern.

Auch bei der Befreiung von Gebühren für Rezepte konnten wir schon oft helfen, ebenso bei der Eintragung des Freibetrages aufgrund des Vorliegens eines Opferauses oder einer Amtsbescheinigung. Von den von uns Betreuten beziehen viele eine Ausgleichszulage. Für sie wird jedes kaputt gegangene Haushaltgerät, jede neue Brille oder gar ein Zahnersatz zum großen finanziellen Problem.

Information zur Opferfürsorge

Die folgend angeführten Einkommen sind monatliche Nettobeträge. Außer Betracht bleiben dabei Rentenleistungen nach dem Opferfürsorgegesetz, Pflegegelder und Unfallrenten, wenn behinderungsbedingte Mehraufwendungen nachgewiesen werden.

Die Einkommensgrenzen für die Vergabe von Leistungen aus dem Ausgleichstaxifonds Opferfürsorge wurden ab 1. Jänner 2023 um 5,8 Prozent wie folgt erhöht:

Für Aushilfen: Einzelpersonen 1.960 Euro,

Ehepaare (oder Lebensgemeinschaft) 2.729 Euro,

Erhöhungsbeitrag pro unterhaltsberechtigtem Kind 385 Euro.

Folgende wichtige Änderung trat bereits ab 1. Jänner 2020 in Kraft:

Finanzielle Aushilfen für Heilfürsorgeleistungen (wie Zuschüsse für Zahnkronen und Brücken, Hörgeräteversorgung, Krankenbetten und Krankenfahrstühle, Sehbehelfe und Brillen, orthopädische Schuhe, sonstige Heilbehelfe und Hilfsmittel, psychotherapeutische Behandlungen, Wahl- arztkosten) können nicht mehr beantragt werden!

Dafür bekommen sie jedes Jahr 1.200 Euro!

Zwischen der Zuerkennung dieser Aushilfe muss der Zeitraum von einem Jahr liegen und muss beim Sozialministerium bei Frau Margit Dorn



(Margit.Dorn@sozialministerium.at), 1010 Wien, Stubenring 1, beantragt werden.

Sehr gerne stellt auch Peter Weidner diesen Antrag!

Bei allen Fragen steht Ihnen wie immer Peter Weidner telefonisch unter 0664/533 88 29 oder per E-Mail (p.weidner@aon.at) mit Rat und Tat zur Seite. Er füllt Ihre Formulare aus und leitet diese an die zuständigen Stellen weiter.

Große Bitte:

Solltet ihr Nachfahren von ermordeten KZ-Opfern und auch von KZ-Überlebenden kennen, bitten wir euch Peter Weidner zu verständigen. Es könnte sein, dass diese Menschen aufgrund des Schicksals ihrer Eltern schwer traumatisiert sind und dann einen Anspruch auf eine Opferrente hätten. Vielen Dank!

Peter Weidner ■



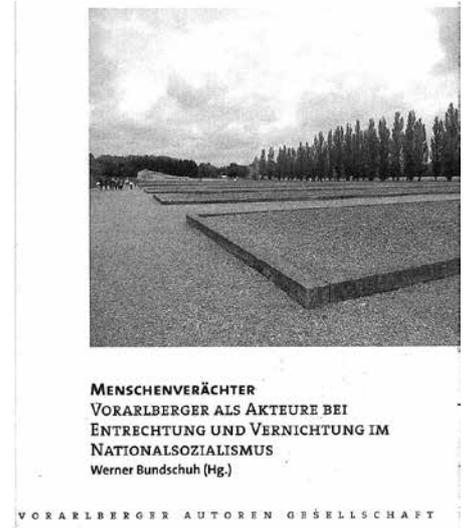
Die Johann-August-Malin-Gesellschaft – Kämpferin gegen das Vergessen

Seit ihrer Gründung 1982 forscht die Johann-August-Malin-Gesellschaft (kurz JAMG) zur Vorarlberger Zeitgeschichte, wobei der Schwerpunkt vor allem auf den Themenbereichen Antisemitismus, Austrofaschismus und Nationalsozialismus lag und liegt. Der Verein wurde nach dem aus Sattens bei Feldkirch stammenden und am 9. November 1942 in München-Stadelheim wegen „Wehrkraftzersetzung, Vorbereitung zum Hochverrat und Verbreitung von Lügennachrichten ausländischer Sender“ hingerichteten Widerstandskämpfer Johann August Malin benannt. Das Hauptziel der JAMG lag zu Beginn darin, die nach dem Zweiten Weltkrieg durch ehemalige Vertreter der beiden faschistischen Diktaturen betriebene und den Diskurs dominierende alemannozentristische Heimatkunde Vorarlbergs mit ihren reaktionären und vielfach unwissenschaftlichen Standpunkten in Frage zu stellen.

Dies gelang ihr durch zahlreiche Publikationen, von denen der Anfang 2022 erschienene Sammelband „Menschenverächter – Vorarlberger als Akteure bei Entrechtung und Vernichtung im Nationalsozialismus“, der aktuellste ist. „Menschenverächter“ beinhaltet Kurzbiografien mehrerer Vorarlberger NS-Täter wie dem Statistiker und Universitätsprofessor Ferdinand Ulmer, dem SS-Mann und Himmler-Cousin Herbert Kiene und dem NS-Landeshauptmann Toni Plankensteiner. Zu einigen der behandel-

ten Männer wurden erstmals wissenschaftliche Erkenntnisse veröffentlicht. Die JAMG trug zudem mit der bewussten Provokation öffentlicher Auseinandersetzungen zu Themen wie der Frage des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, wesentlich zur Öffnung und Verbreiterung des Diskurses in Vorarlberg bei. Dies gelang ihr trotz teils scharfen Widerstands – auch von öffentlichen Stellen.

Von besonderem Wert ist das auf der Vereinshomepage einsehbare Online-Lexikon „Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945“, das auf dem 1985 veröffentlichten Sammelband „Von Herren und Menschen. Verfolgung und Widerstand in Vorarlberg 1933-1945“ aufbaut und regelmäßig aktualisiert wird. Das Lexikon enthält Daten zu Personen, die entweder ihren regulären Wohnsitz zwischen 1933 und 1945 in Vorarlberg hatten oder durch ihre Herkunft mit dem Land verbunden waren. Aufgenommen wurden in das Lexikon Frauen und Männer, die mindestens einige Tage in Gestapo-Haft waren, von NS-Gerichten Verurteilte und in Konzentrationslager Deportierte, Wehrdienstverweigerer und Deserteure, Opfer des militärischen Widerstandes der letzten Kriegstage, aus „rassischen“ und sozialen Gründen Verfolgte, Personen, die nachweislichen und wirksamen Widerstand geleistet haben, den NS-Behörden aber nicht bekannt wurden sowie Antifaschisten, die auf Grund ihrer politischen Einstellung zwischen



März 1933 und März 1938 inhaftiert waren.

Auf der Homepage kann der Großteil der Publikationen des Vereins in PDF-Form kostenfrei heruntergeladen werden.

Webtipp: www.malingesellschaft.at

Severin Holzknicht ■

Neue Steine der Erinnerung in Währing

Am Sonntag, den 9. Oktober 2022, wurden sieben neue Stationen der „Steine der Erinnerung in Wien-Währing“ eröffnet. Die Eröffnungszereemonie fand im Garten der „Villa Schapira“ (18., Max-Emanuel-Straße 17) statt. Begleitet wurde sie von der Musikgruppe Avanim mit den Liedern Oyf n Pripetschik, Eli und Tumbalalaika.

Nach den Eröffnungsreden vor ca. 50 Personen - die aus mehreren Teilen der Welt anreisten - durch Roswitha Hammer (Verein Steine der Erinnerung) und Bezirksrat Thomas Michel (Grüne) wurde die 1. Station der neuen „Steine der Erinnerung“ eröffnet. Die weiteren Stationen der Steine der Erinnerung die an die Deportierten und Ermordeten aus Währing gedenken sind: Pötzleinsdorfer Straße 18, Eckpergasse 2, Währinger Straße 184, Paulinengasse 9, Schulgasse 18 und Schulgasse 70.

Christian Sevcik ■



FK Währing/Dobling

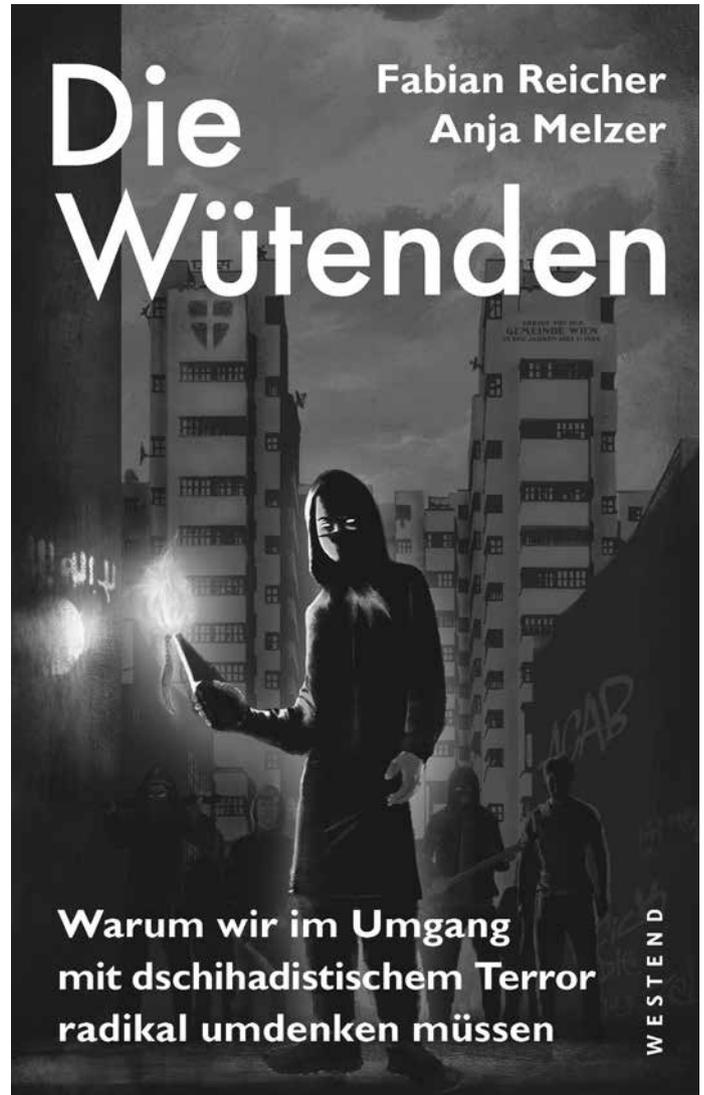


Die Wütenden

Am 22. November 2022 begrüßte die Bezirksgruppe Liesing die Buchautor*innen Anja Melzer und Fabian Reicher für eine Präsentation ihres Buches „Die Wütenden“. Es war eine sehr gut besuchte Veranstaltung, bei der nicht nur viele offene Fragen beantwortet wurden, sondern auch konstruktiv diskutiert wurde. Die Worte des Westend Verlags über das Buch lauten wie folgt: „Warum radikalisiert sich Jugendliche, die in Österreich, Deutschland oder Frankreich aufwachsen? Was muss passieren, um weitere dschihadistische Anschläge zu verhindern? Fabian Reicher und Anja Melzer geben authentische Einblicke in die Wirkungsweise der Propaganda des sogenannten Islamischen Staates und ihre Anziehungskraft auf europäische Jugendliche. Anhand von fünf Biografien radikalierter Jugendlicher beschreiben sie, wie es gelingt, mit Kenntnis der Vorgehensweisen und den richtigen Methoden beim Ausstieg aus der vermeintlich attraktiven Jugendsubkultur zu helfen.“

Fabian Reicher hat sechs Jahre als Streetworker in Wien gearbeitet. Zurzeit ist er als Sozialarbeiter bei der Beratungsstelle Extremismus im Bereich der Ausstiegs- und Distanzierungsarbeit beschäftigt. Darüber hinaus lehrt er an verschiedensten Hochschulen in Österreich. Für den Sozialarbeiter war immer schon klar, dass er Kinder und junge Erwachsene nur dann bestmöglich unterstützen kann, wenn er ihnen auf Augenhöhe und mit Respekt begegnet. Darüber hinaus beschreiben die Autor*innen wertvolle Ansätze der Arbeit mit Jugendlichen - von der mobilen Jugendarbeit, bis hin zu pädagogischen Konzepten, mit denen Deradikalisierung funktionieren kann, werden viele interessante Aspekte im Buch abgedeckt. Es ist ein sensibles, sogar sehr heikles Thema. So schreibt Fabian Reicher in seinem Buch: „Dieses Buch ist nicht nur die Geschichte von Dzamal, Outis, Adam, Sebastian, Aslan und mir, es ist auch ein pädagogisches Konzept. Angelehnt an Paolo Freires ‚Pädagogik der Unterdrückten‘ ist die ‚Pädagogik der Wütenden‘ vor allem ein Konzept für die pädagogische Arbeit in diesem intersubjektiven Raum zwischen den Welten. Es ist die Arbeit in einem Raum, der zusammengehalten wird durch gegenseitiges Vertrauen, Respekt und auch Anerkennung, in dem es möglich wird, sich in der eigenen Sprache ausdrücken, ohne Angst davor haben zu müssen, direkt bewertet zu werden.“ Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche in einem eigenen Raum über alles reden können: Sogar und vor allem über ihre Erfahrungen und Gefühle, aber auch über ihre Schwächen. Fabian Reicher bringt es auf den Punkt: „Wir dürfen nicht über Jugendliche reden, wir müssen mit ihnen reden.“

Kira Höfenstock ■



Markus Zahradnik



Anja Melzer und Fabian Reicher

Markus Zahradnik

Stele für Robert Danneberg enthüllt

Genau am 80. Todestag Robert Dannebergs (siehe „Kämpfer“ 4/2022 Seite 15) legten Bürgermeister Michael Ludwig und Ernst Woller, Erster Landtagspräsident, am 12. Dezember 2022 einen Kranz am neu gestalteten Gedenkstein im Arenbergpark am Danneberg-Platz im 3. Bezirk nieder. Im Anschluss enthüllten sie eine Info-Stele, die Auskunft über Leben und Wirken dieses großen Bürgers der Stadt Wien gibt.

Robert Danneberg galt als ausgezeichnete Verfassungs- und Verwaltungsexperte und leistete die Hauptarbeit bei der Entstehung der Wiener Stadtverfassung. Er war maßgeblich an der Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen für die Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien sowie an den sozial orientierten Reformen innerhalb des Wiener Magistrats beteiligt. 1934 war Robert Danneberg neun Monate in Haft, eine Tatsache die auf der Stele schmerzhaft fehlt, 1938 wurde er von der Gestapo verhaftet und in das KZ Dachau deportiert. Von hier kam er in das KZ Buchenwald und schließlich in das KZ Auschwitz, wo er 1942 ermordet wurde.

„Robert Danneberg ist gerade in unseren sich radikalisierenden Zeiten ein politisches Mahnmal, dass die Demokratie ein fragiles und hohes Gut ist. Er erinnert uns daran, dass die Sozialdemokratie immer auf der Seite von



Bürgermeister Michael Ludwig (l.) und Landtagspräsident Ernst Woller

Freiheit, Meinungspluralismus und Demokratie gestanden ist“, so Bürgermeister Ludwig. Landtagspräsident Ernst Woller würdigte Robert Danneberg als ersten Ersten Landtagspräsidenten Wiens, der mit seiner Reform der Gemeindeverwaltung im April 1920 die bis heute gültigen Grundzüge des politischen Systems von Wien geschaffen hat. „Die von ihm durchgesetzten rechtlichen Grundlagen machten die großen politischen und sozialen Reformen in der Bundeshauptstadt überhaupt erst möglich. Er leistete die Hauptarbeit bei der Reform des Wiener Magistrats zu einem modernen, sozial orientierten Instrument,“ so Woller.

Gerald Netzl / Rathauskorrespondenz ■

C. Jobsz/PI/D

Neue Gedenktafel in Wien

Am 23. Jänner haben Sozialminister Johannes Rauch, Justizministerin Alma Zadić, Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig und Wirtschaftsminister Martin Kocher am Regierungsgebäude am Stubenring in Wien eine Gedenktafel für die Opfer der NS-Militärjustiz enthüllt. „Der Blick auf Terror und Unrecht des Nationalsozialismus zeigt uns, wie wichtig es ist, zu jeder Zeit klar Position zu beziehen: für die Menschenrechte, den Humanismus, für die Demokratie“, betonte Sozialminister Johannes Rauch, der das Projekt des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ initiiert hatte.

Das Regierungsgebäude am Stubenring 1 wurde 1913 als Reichskriegsministerium der Monarchie errichtet. Nach dem „Anschluss“ 1938 wurde hier die Militärjustiz eingerichtet, um den bevorstehenden Krieg vorzubereiten. Bis 1945 war es zentrale Schaltstelle der Wehrmachtsjustiz und damit Teil des nationalsozialistischen Terror- und Unrechtssystems in Österreich. Zur Enthüllung der Gedenktafel waren auch die Opferverbände geladen und wurden von Robert Kogler vom Personenkomitee auch begrüßt. Der Prozess zur juristischen Rehabilitierung von Wehrmachtsdeserteuren und anderen Opfern der NS-Militärjustiz nahm erst in den späten 1990er Jahren seinen Anfang. Nach langen Auseinandersetzungen beschloss der österreichische Nationalrat im Herbst 2009 das Aufhebungs- und Rehabilitationsgesetz. 64 Jahre nach Kriegsende wurden damit alle Urteile der Wehrmachtsjustiz pauschal aufgehoben.



v. l. n. r. Norbert Totschnig, Martin Kocher, Johannes Rauch, Alma Zadić und Robert Kogler



Gerald Netzl ■

Gerald Netzl



Der Volksgruppenbeirat der österreichischen Volksgruppen



Rudolf Sarközi († 2016) war mehr als zwei Jahrzehnte Vorsitzender des Volksgruppenbeirates der Roma

In Österreich gibt es sechs anerkannte autochthone Volksgruppen: die Burgenland-Kroaten, die Kärntner Slowenen, die Ungarn, die Tschechen, die Slowaken sowie die Volksgruppe der Roma (Roma als Oberbegriff für die verschiedenen in Österreich lebenden autochthonen Untergruppen).

Laut Abschnitt 1, § 1, Absatz 2 des Volksgruppengesetzes, sind unter Volksgruppen die in Teilen des Bundesgebietes wohnhaften und behelmten Gruppen österreichischer StaatsbürgerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache und eigenem Volkstum zu verstehen. Rechtlich sind die Volksgruppenangelegenheiten im Bundeskanzleramt angesiedelt.

Im Volksgruppengesetz ist geregelt, dass für die jeweilige Volksgruppe ein eigener Volksgruppenbeirat eingerichtet wird. Die Zahl der ihm angehörenden Beiratsmitglieder (je nach Größe der Volksgruppe) ist durch Verordnung der Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrates nach Anhörung der in Betracht kommenden Landesregierung festzulegen.

Im Abschnitt 2, § 3, Absatz 1 ist ihre Aufgabe wie folgt geregelt: „Sie haben das kulturelle, soziale und wirtschaftliche Gesamtinteresse der Volksgruppen zu wahren und zu vertreten und sind insbesondere vor Erlassung von Rechtsvorschriften und zu allgemeinen Planungen auf dem Gebiet des Förderungswesens, die Interessen der Volksgruppen berühren, unter Setzung einer angemessenen Frist zu hören. Die Volksgruppenbeiräte können auch Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Volksgruppen und ihrer Angehörigen erstatten.“

Bei der Zusammensetzung des Volksgruppenbeirates wird besonders darauf Bedacht genommen, dass die in der Volksgruppe wesentlichen politischen und weltanschaulichen Meinungen im Beirat vertreten sind. Das bedeutet, dass nur jene Personen zu Volksgruppenbeiratsmitgliedern bestellt werden können, die sich für die Interessen der Volksgruppe, sich der Zielsetzung des Volksgruppengesetzes einsetzen und zum Nationalrat wählbar sind. Weiters wird im Volksgruppengesetz geregelt, dass die Beiräte Mitglieder eines allgemeinen Vertretungskörpers sind, die im Hinblick auf ihre Zugehörigkeit zur betreffenden Volksgruppe gewählt wurden oder dieser Volksgruppe angehören oder von einer Vereinigung vorgeschlagen wurden, die ihrem satzungsgemäßen Zweck nach Volksgruppeninteressen vertritt und für die betreffende Volksgruppe repräsentativ ist oder als Angehörige der Volksgruppe von einer Kirche oder Religionsgemeinschaft vorgeschlagen wurden.

Das Bundeskanzleramt ist bestrebt eine Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern, Altersgruppen und geographischer Herkunft herzustellen. Jeder Volksgruppenbeirat wählt aus dem Kreis seiner bestellten Mitglieder einen Vorsitzenden und einen Vorsitzenden-Stellvertreter. Die Beiratsmitglieder sind auf die Dauer von vier Jahren gewählt, die Tätigkeit ist ehrenamtlich.

Andreas Sarközi ■



„Wider den undeutschen Geist“

Am 10. Mai 1933 kam es in allen Universitätsstädten des Deutschen Reiches, das damals gerade drei Monate von den Nationalsozialisten regiert war, zu Bücherverbrennungen. Dieser kulturlose Frevel kam auf studentisches (!) Betreiben zustande und erhielt die Bezeichnung „Wider den undeutschen Geist“.

In dem Drama „Almansor“ lässt Heinrich Heine den Hassan die berühmten und - für das Spanien der Inquisition und das Deutschland der NS-Herrschaft prophetischen - Worte sprechen: „Das war ein Vorspiel nur, dort wo man Bücher verbrennt, verbrennt man am Ende auch Menschen“.

12 Jahre nationalsozialistische „Literatur“-Politik, das Verbot und die Verfolgung vieler der besten VertreterInnen ihres Berufes, blieben nicht ohne

negative Folgen für die Zeit nach 1945: Rund 2.000 deutsche und österreichische SchriftstellerInnen mussten ins Exil. Die verfolgten AutorInnen sind nur zu einem kleinen Teil nach dem Krieg wieder ins literarische Bewusstsein deutschsprachiger LeserInnen zurückgekehrt - oft über eine Zwischenstation in der DDR. Oskar Maria Graf schrieb, sie waren „aus dem Bewusstsein dieses Volkes für immer ausgelöscht“.

Es ist heute die Pflicht und Aufgabe aufklärerisch tätiger Menschen, gegen das Vergessen und für die Erinnerung an das Werk der antifaschistischen AutorInnen zu arbeiten!

Gerald Netzl ■



... Read this... ↑ ... ↑ Lies das!

Gedenktafel auf dem Bebelplatz im Zentrum Berlins wo 1933 Bücher verbrannt wurden (bis 1947 Opernplatz)

Gedenken in Gänserndorf

Anlässlich des Holocaustgedenktrages veranstaltete der Bezirk Gänserndorf am 20. Jänner eine Lesung im Volkshaus Gänserndorf. Dr.ⁱⁿ Christine Klein las aus dem Buch „Ich wollte nur in Frieden leben“ ihres Stiefvaters Rudolf Klinger.

„Ich bin Rudolf Klinger, am 1. April 1923 als Kind einer nur für kurze Zeit in Wien lebenden Rumänin und eines zufällig vorbeikommenden Weinviertler Bauern geboren, in der Kronen-Zeitung angeboten und von einer wunderbaren Mutter adoptiert, die erblindete, als ich elf Jahre alt war. Wir gingen gemeinsam durch die 30er Jahre und den beginnenden Faschismus. Mein Widerstand gegen den täglichen Terror des Nationalsozialismus führte über Jugendgefängnis, Strafanstalt Kaiser-Ebersdorf in das Jugendkonzentrationslager Moringen. Aus allen Kerkern gelang mir die Flucht, aus dem JKZ sogar zweimal. Ein Sieg für den Willen zum Leben, ein Sieg für die Freiheit. Ich kämpfte mich zurück zu meiner blinden Mutter und konnte sie schließlich wieder in die Arme schließen.“

In einer Präsentation veranschaulichte Christine Klein einige Etappen, die Rudolf durchlebt hat, wie etwa die Flucht aus dem Jugend-KZ in Moringen.

Am 12. Februar besuchte der Bezirk Gänserndorf das Denkmal für das Durchgangslager in Strasshof, um der Opfer zu gedenken. Bezirksvorsitzende Jacqueline Stöger konnte viele Mitglieder, darunter den SPÖ Bezirksvorsitzenden René Zonschits, begrüßen. Wir haben besonders an den Genossen Albert Sever gedacht, den ersten und einzigen sozialdemokratischen Landeshauptmann Niederösterreichs, dessen Frau auch Opfer der Februarkämpfe war.

Jacqueline Stöger ■



Christine Klein bei der Lesung im Volkshaus Gänserndorf



Exil, erzwungene Emigration, Widerstand, Migration historisch und aktuell

Die Österreichische Gesellschaft für Exilforschung stellt sich vor

ÜbersetzerInnen im Exil, die Auswirkungen von Flucht auf Kinder und Jugendliche, Leben und Werk der österreichischen Sozialforscherin Else Frenkel-Brunswik, der gender-Aspekt im Alltag von Flüchtlingen in Portugal während des Zweiten Weltkriegs, die österreichische Dichterin Paula Ludwig in Brasilien, die Topographien von Exil und Erinnerung in Wien, die Internierung von Flüchtlingen in Lagern historisch und aktuell – das sind nur einige der Themen, zu denen die Österreichische Gesellschaft für Exilforschung in den vergangenen Jahren Veranstaltungen organisiert oder Publikationen herausgegeben hat.

Als Verein im Jahr 2002 gegründet, ist die öge ein unabhängiger Zusammenschluss von auf dem Gebiet der Exilforschung Tätigen beziehungsweise daran Interessierten. Gemeinsam wollen wir ein Zeichen dafür setzen, dass die Auseinandersetzung mit dem von Austrofaschismus und Nationalsozialismus erzwungenen Exil keineswegs beendet sein darf. Zugleich widmet sich die öge der Erforschung und Dokumentation von Exilerfahrungen in der Gegenwart.

Die öge hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Ansätze und Ergebnisse der historischen und aktuellen Exilforschung zu dokumentieren, zu vernetzen und öffentlich sichtbar zu machen. Ein weiteres Ziel ist es, die wissenschaftlichen und kulturellen Errungenschaften von Exilierten bekannt und zugänglich zu machen. Wir setzen uns auch für die Verankerung der Exilforschung an den Universitäten ein und unterstützen die nicht-institutionelle Exilforschung. Thematisch beschränken wir uns nicht allein auf Exil und erzwungene Emigration, sondern behandeln auch Widerstand, Verfolgung, Flucht und bisweilen Migration allgemein.

Zu unseren Tätigkeiten zählen die (ideelle) Förderung von Forschungsvorhaben, die Durchführung von Veranstaltungen und die Herausgabe von Publikationen. Die intensive Zusammenarbeit mit anderen einschlägigen Initiativen und Institutionen ist dem Verein ein großes Anliegen.

Unsere aktuellen Publikationen (beide erschienen im Winter 2022/2023) sind der Sammelband zur Tagung Internment Refugee Camps (hg. von Gabriele Anderl, Linda Erker und Christoph Reinprecht, transcript-Verlag Bielefeld 2022), sowie eine special issue der Zeitschrift Serendipities unter dem Titel Authoritarianism, Ambivalence, Ambiguity, herausgegeben von Christoph Reinprecht und Andreas Kranebitter. Beide sind Neuerscheinungen und sind open access, können also kostenlos im Netz heruntergeladen/gelesen werden!

Gleichzeitig mit der öge wurde auch die öge-frauenAG gegründet, die auch 2022 ihr 20jähriges Bestehen feierte: Ein Zusammenschluss von Wissenschaftler*innen, Exilant*innen und Interessierten, die regelmäßig zu Treffen zusammenkommen und Vorträge sowie Tagungen organisieren.

Die Vorhaben der öge für das Jahr 2023 sind unter anderem Präsentationen zu diesen beiden Publikationen sowie zum Band Hinter verschlossenen Toren. Die Internierung von Geflüchteten von den 1930er Jahren bis in die Gegenwart, der von Gabriele Anderl im Verlag der Theodor-Kramer-Gesellschaft herausgegeben wird, dazu noch weitere Veranstaltungen und Stadtspaziergänge.

Das große Projekt 2023 ist eine internationale Konferenz im November: Exilland Österreich 1918-1938. Darin sollen u. a. das ungarische, tschechische, polnische, russische, weißrussische, ukrainische, italienische, jugoslawische und deutsche Exil in Österreich, vor allem Wien in der Zwischenkriegszeit thematisiert werden.

In den kommenden Jahren möchten wir noch stärker in die Stadt hinausgehen und auf Straßen, Plätzen oder in Parks in Wien, die nach Verfolgten, Exilant*innen, NS-Opfern und Widerstandskämpfer*innen benannt wurden, Veranstaltungen durchführen, und dadurch einerseits Bewusstsein für die Menschen hinter den Namen schaffen, und andererseits Wissen um die dazugehörigen Lebensgeschichten vermitteln. Diesbezüglich sind wir sehr interessiert an Kooperationen!

Um Neuigkeiten auf dem Gebiet der Exilforschung zu verbreiten, verschickt die öge regelmäßig (meistens 2x/ Monat, manchmal bis zu 4x) einen Newsletter mit Hinweisen auf thematisch relevante wissenschaftliche und kulturelle Veranstaltungen in Wien, den Bundesländern und international (wenn hybrid) Neuerscheinungen (Wissenschaft, Populärwissenschaft, Belletristik, Erinnerungen, Essayistisches zu den Themen Exil, Flucht, Widerstand, Zeitschriften) Radio- und Fernsehsendungen, calls, Initiativen etc.

Die Anmeldung für den Newsletter erfolgt über die Website unter Aktuelles – Newsletter

Als kleiner Verein sind wir auf Förderungen und die Beiträge unserer Mitglieder angewiesen. Wir freuen uns, wenn Sie uns mit einer Mitgliedschaft unterstützen! Die Informationen dazu finden Sie auf der Website unter öge/ Mitgliedschaft.

Webtipp: www.exilforschung.ac.at

Katrin Sippel ■



öge,
österreichische
gesellschaft für
exilforschung



Gerald Nezi

Otto Wolken

Am 29. Mai 1940 ließ Heinrich Himmler im verkehrsgünstig gelegenen polnischen Ort Oświęcim das Konzentrationslager Auschwitz, in dem anfangs Polen, später auch sowjetische Kriegsgefangene, Sinti, Roma und Häftlinge aus anderen Ländern inhaftiert wurden, errichten. Ab 1942 wurde Auschwitz zum Zentrum der massenhaften Ermordung europäischer Jüdinnen und Juden.

Bei der Ankunft in Auschwitz-Birkenau erfolgte die wortlose Selektion für die Gaskammer oder für ein kurzes Überleben. Der österreichische Sozialist, Jude und vormalige Schutzbundarzt Dr. Otto Wolken sagte Jahre später als erster Zeuge im Frankfurter Auschwitzprozess (1963): „Es ist schwer zu sagen, wer das bessere Los gezogen hat. Denn selbst die wenigen, die schließlich überlebt haben, auch sie sind für ihr Leben gezeichnet. Sie haben jeder für ihr ganzes restliches Leben noch an dem zu tragen, was sie seelisch und körperlich dort erlitten haben.“

Dr. Otto Wolken, KZ-Häftling Nr. 128.828, wurde von der SS als Häftlingsarzt im Lager Auschwitz-Birkenau eingesetzt. Er führte ohne Hilfsmittel, ohne Medikamente, ohne erfahrenes Personal in primitiven, mit Dreistöckbetten ausgestatteten Wohnblöcken einen verzweifelten Kampf um das Leben der Mithäftlinge. Einen Kampf, der gegen die Krankheit und gegen die SS und ihre Lagerärzte geführt werden musste. Selbst der meistbedrohten Häftlingskategorie, den politisch-jüdischen Häftlingen, angehörend, galt Otto Wolkens Streben der Dokumentation der Verbrechen der SS. Erschöpft von den Schikanen der Bewacher, der unzureichenden Ernährung und dem Einsatz für seine Kameraden, dokumentierte er in den Nachtstunden das Erlebte für die Nachwelt.

Als am 17. Jänner 1945 der Rückzug der SS aus dem Lager begann, rechnete sich Otto Wolken keine Chance aus, die Anstrengung langer Märsche zu überleben. So entschloss er sich, das Lager nicht zu verlassen. Im Zuge der Auflösung des Lagers erhielt er den Auftrag, Listen der marschfähigen Häftlinge zu erstellen; es bedurfte besonderer Überzeugungskraft, den Mithäftlingen klar zu machen, dass sie innerhalb des Lagers wenigstens eine kleine Überlebenschance hätten. Seine persönlichen, detaillierten

Aufzeichnungen vergrub er neben einem Torpfahl des Blockeinganges. Sie sollten beim Abbruch der Baracken gefunden werden und Zeugnis über die Schandtaten der Machthaber des Dritten Reiches ablegen. Dass er selbst die Möglichkeit haben würde, diese Dokumente wieder auszugraben, wagte er nicht zu hoffen.

Beim Eintreffen der Sowjetarmee am 27. Jänner 1945 befanden sich etwas mehr als 8.000 Häftlinge, davon 2.000 Kranke im Lager. Kurz zuvor, in der Zeit von 17. bis 21. Jänner 1945, waren rund 58.000 Häftlinge von ihren Peinigern ohne Verpflegung und ohne ihnen eine Ruhepause zu gewähren, bei Eis und Schnee auf die so genannten Todesmärsche geschickt oder in Viehwaggons nach Westen in die Konzentrationslager Buchenwald, Flossenbürg und Mittelbau-Dora deportiert worden. Jeder Vierte dürfte diese Zwangsevakuierung nicht überlebt haben.

Dr. Otto Wolken war der erste der 357 Zeugen, die beim Auschwitzprozess vernommen wurden. Seine Aufzeichnungen machten es möglich, zahlreiche Morde als die Taten einzelner Angeklagter nachzuweisen. Von den 22 Angeklagten wurden 19 verurteilt, 6 von ihnen wurden zu lebenslangem Zuchthaus, die weiteren zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt.

Genosse Dr. Otto Wolken, seit 1949 Mitglied unseres Bundesvorstandes, verstarb am 1. Februar 1975. Franz Danimann, Mithäftling von Wolken und ebenfalls Mitglied unseres Bundesvorstandes, schrieb in seinem am 9. Februar 1975 in der „Arbeiter-Zeitung“ erschienenen Nachruf: „Er war einer, der das Menschentum im Inferno des Vernichtungslagers von Auschwitz unter den schwierigsten Umständen hochhielt, nicht nur den Kampf ums eigene sowie um das Überleben seiner Kameraden führte, sondern auch an die Zukunft dachte...!“

Anlass für diesen Artikel ist der Geburtstag am 27. April 1903. Die Redaktion freut sich über Artikel anlässlich „runder“ Geburtstage, die an verstorbene Genossinnen und Genossen erinnern!

Edith Krisch ■



Ausgezeichnet

Am 13. Jänner hielt Genosse Robert Patočka im Bezirksmuseum Liesing einen Vortrag über „NS-Zwangsarbeitslager in Liesing“. Nach seinem Referat überreichten ihm FreiheitskämpferInnen-Bezirksvorsitzende Kira Höfenstock und Gerald Netzl die Otto Bauer-Plakette. Robert Patočka war Berufsschullehrer und Berufsschuldirektor und unterrichtete u. a. 28 Jahre an der technisch-gewerblichen Abendschule. 1986 leistete er Pionierarbeit mit Vorträgen zu „Jugendszenen und Rechtsextremismus“ an der Pädagogischen Akademie. Seit 2010 begleitet er als Mauthausen-Guide Gruppen durch die Gedenkstätte, im DÖW leistet er ehrenamtlich Hilfsdienste.

Robert ist Motor des Vereins „Steine der Erinnerung in Liesing“ (www.steine23.at). Bis dato wurden im 23. Wiener Gemeindebezirk 60 Erinnerungssteine verlegt, die an das Schicksal von 120 Menschen erinnern, die von den Nationalsozialisten ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden. Die Arbeit des Vereins erfolgt in enger Abstimmung mit der Bezirksgruppe der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen, deren Mitglied und Finanzreferent Robert ist.

Die Redaktion gratuliert herzlich.



Sissi Kamper

Kira Höfenstock, Robert Patočka und Gerald Netzl

Gedenkrede Herbert Exenbergers vom 11. März 2003

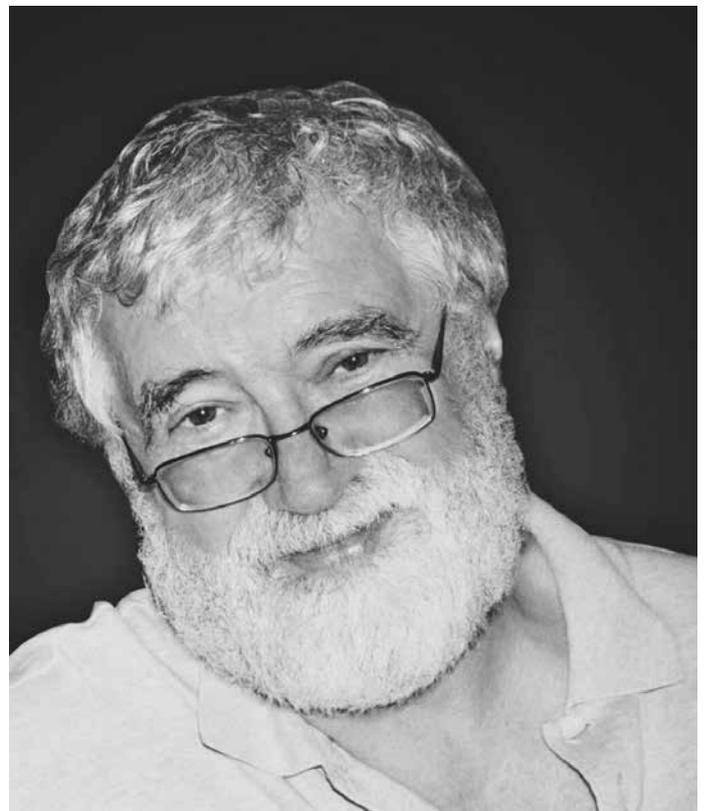
Herbert Exenberger hielt am 11. März 2003 für sechs vom NS-Regime enthauptete Straßenbahner der Remise Brigittenau und 13 weitere Opfer beim Gedenkstein vor dem Straßenbahn-Bahnhof Wexstraße eine ergreifende Gedenkrede.

Daraus ein Auszug:

„In einigen Tagen werden es auf den Tag genau sechzig Jahre sein, an dem am 30. März 1943 das nazistische Terrorregime im Hinrichtungsraum des Wiener Landesgerichtes die Brigittenauer Straßenbahner, den Schaffner Josef Friedl, den Schaffner Josef Krcmarik, den Schlosser Johann Plocek, den Schaffner Leopold Slaby und den Schaffner Friedrich Stix, ermordete. Der nazistische Volksgerichtshof hatte über sie am 8. Dezember 1942 Todesurteile gefällt. An diesem Tag wurden 19 Menschen im Landesgericht enthauptet, unter den Opfern auch der Handelsangestellte Alois Houdek aus der Treustraße 40, der führendes Mitglied der Widerstandsgruppe der tschechoslowakischen Volksgruppe in Wien war, und die aus der Brigittenau stammende Helene Kafka, die sich als Schwester Restituta des Ordens der Franziskanerinnen von der christlichen Liebe - der Hartmann-Schwestern - gegen das Naziregime auflehnte und vor fünf Jahren von Papst Johannes Paul II. selig gesprochen wurde. Den Mördern genügte wenige Minuten um wertvolle Menschenleben auszulöschen. ... Den Angehörigen flatterte noch eine saftige Kostenrechnung vom Volksgerichtshof ins Haus. So musste das Ehepaar Josef und Maria Kupsky für die Hinrichtung von Ludwig Kupsky den Betrag von 989 Reichsmark, 54 Reichspfennig an die Gerichtskasse Moabit bezahlen.“

Weiter gedachte Herbert Exenberger des Verfolgungswillens der NS-Schergen: „Mit welchem ‚letzten Einsatz‘, man muss dazu fügen, brutalem Einsatz, die Nazis Wiener Straßenbahner verfolgten und ermordeten, daran erinnern Gedenkstätten bei Betriebsbahnhöfen und das zentrale Mahnmal im Betriebsbahnhof Erdberg.“

In der Brigittenau wurde das Erinnerungszeichen vor dem Straßenbahn-



privat

Herbert Exenberger war Bibliothekar im DÖW und Mitglied unseres Bundesvorstands

Betriebsbahnhof Wexstraße am 28. April 1946 enthüllt (Straßenbahner waren Stifter dieses Mahnmales).“

Herbert Exenberger beendete seine Rede mit folgenden Worten: „Nehmen wir als Mahnung die Zeilen aus dem im Exil verfassten Gedicht ‚Gedenkstein‘ von Berthold Viertel mit auf den Weg, wo es heißt:

Ihr die ihr überlebt, merkt es euch gut:

Für Freiheit haben sie ihr Blut gegeben.“

Herbert Exenberger starb am 8. Oktober 2009 im Spital der Hartmann-Schwestern.

Edith Krisch ■

Ein Engel in der Hölle Die schwarze Flamme von Auschwitz

Harald Walser erzählt in „Ein Engel in der Hölle von Auschwitz“ die lang verdrängte Lebensgeschichte von Maria Stromberger, die als Krankenschwester im Konzentrationslager Auschwitz Leben rettete.

1982 wurde der Vorarlberger Historiker erstmals auf die 1898 in Metnitz/Kärnten geborene Maria Stromberger aufmerksam, als er an einem Buch über Widerstand und Verfolgung während der NS-Zeit forschte. In Bregenz arbeitete Stromberger ab 1937 im Sanatorium Mehrerau als Krankenschwester. Für die humanistisch eingestellte und religiöse Frau änderte sich mit Kriegsbeginn einiges, als sie in einem Lazarett im „Kreiskrankenhaus Lienz“, wo sie ihren Dienst versah, von den verwundeten Soldaten über die Zustände in Polen, über die Judenverfolgung und die großen Konzentrationslager erfuhr. Sie meldete sich freiwillig zur Arbeit nach Polen. Am 1. Oktober 1942 begann Maria Stromberger ihre Tätigkeit als Oberschwester des SS-Reviere im KZ Auschwitz. Stromberger besorgte für Häftlinge des Krankenreviers Medikamente und Nahrungsmittel, in weiterer Folge unterstützte sie den Widerstand im KZ.

In der Publikation wird auf beeindruckende Weise das Wirken der Krankenschwester, die Kontaktpersonen sowie über ihre nicht einfache



Lebenssituation in der Nachkriegszeit beschrieben. Gewürdigt wird darin die bemerkenswerte Lebensgeschichte von Maria Stromberger. Erstmals konnten mehrere und sehr umfangreiche Quellenbestände ausgewertet werden, darunter unveröffentlichte Manuskripte ehemaliger Auschwitz-Häftlinge sowie die Zeugenaussagen im Frankfurter Auschwitz-Prozess (1963-1965) von Hermann Langbein, Edward Pyś, Artur Radvanský und Karl Lill. Laut Sterbeurkunde starb Maria Stromberger im Mai 1957 an Herzinfarkt. Sie konnte sich nach 1945 nicht von den Erlebnissen in Auschwitz befreien.

Andreas Sarközi ■

Harald Walser: Ein Engel in der Hölle von Auschwitz, Falter 2021, ISBN 978-3-85439-702-1, 256 Seiten, € 24,95

Momente der Entscheidung

Die tief verwurzelte Abneigung der Slowenen gegen die Italiener geht auf ihre Erfahrungen im Ersten Weltkrieg zurück. 1941 besetzten die Italiener erneut ein großes Gebiet Sloweniens und schlossen es unter der Bezeichnung „Provincia di Lubiana“ an das Königreich Italien an. Ein wesentliches Merkmal in den Lebenserinnerungen von Franc Sever - Franta stellt die Hingabe zum Patriotismus dar, ein Nationalstolz, der allerdings keine nationalistischen Züge trägt. Die brutale Okkupation, die bis zur Zerstörung ganzer Dörfer und zu Morden an seinen Landsleuten führte, aber auch die herrschenden Zustände wie die katastrophale Situation für die Bauern und Arbeiter, die Beschneidung der persönlichen Rechte sowie der Ruf der Heimat, für Gerechtigkeit und Freiheit einzustehen, veranlassten den jungen Franta, sich im Dezember 1941 am Kampf der Partisanen aktiv zu beteiligen. Dabei ist das Buch in drei wesentliche Kapitel unterteilt: 1. Okkupation, 2. Während des Krieges, 3. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges. Es zeigt die Entwicklung eines lebenslustigen und mit Lebensträumen erfüllten jungen Mannes, der in zahlreichen Kämpfen zu einem der erfahrensten Kämpfer der Osvobodilna Fronta (OF), der slowenischen

Partisanenorganisation, wurde. Das Werk erzählt ein fast unbekanntes Kapitel italienisch-slowenischer Geschichte in Form einer Graphic Novel. Im Mittelpunkt steht dabei der Brand des Narodni dom am 13. Juli 1920 in Triest. An diesem Tag wurde das slowenische Kulturhaus im Zuge der „Triestiner Kristallnacht“ niedergebrannt und wird daher als das erste Pogrom der italienischen Faschisten und als faschistische Feuertaufe bezeichnet.

Dabei setzt die Geschichte zur Zeit der Eröffnung des Narodni dom im Jahr 1904 ein. Anhand der Freundschaft zweier fiktiver Helden, der jungen Triester Josip Furlan und Guiseppa Pazzi, zweier Kinder des Novecento, geboren an der Schwelle des neuen Jahrhunderts, wird das Ende des Ersten Weltkrieges, der Zerfall der österreichischen-ungarischen Monarchie, die Geburt des italienischen Faschismus, die Entstehung von Rassismus und von ethnischen Spannungen erzählt. Entwicklungen, die schließlich in Triest in den Ausschreitungen des 13. Juli 1920 kulminierten, als der Narodni dom vom faschistischen Mob belagert und letztlich in Brand gesteckt wurde, wobei sich aus dem Quellenstudium der Autoren durchaus mehrere Versionen des Brandes rekonstruieren und herleiten ließen. Die Brandstiftung wurde durch die italienische Regierung offiziell verurteilt, doch



wurde niemand zur Verantwortung gezogen.

Die schönen Zeichnungen und Bilder werden dabei durch informative Hintergrundtexte ergänzt. Als Graphic Novel dargestellt wird Triester Stadtgeschichte in einer stilistisch herausragenden Form erzählt. Eine Stadtgeschichte, die 100 Jahre später einen versöhnlichen Abschluss fand, als der Narodni dom vom italienischen Staatspräsidenten an die slowenische Volksgruppe zurückgegeben wurde.

Claus Michl-Atzmüller ■

Ivan & Zoran Smiljanić: Die schwarze Flamme – Der Beginn der faschistischen Gewalt in Triest 1920, bahoe books, Wien 2022, ISBN 978-3-903290-74-7, 120 Seiten, € 19,00



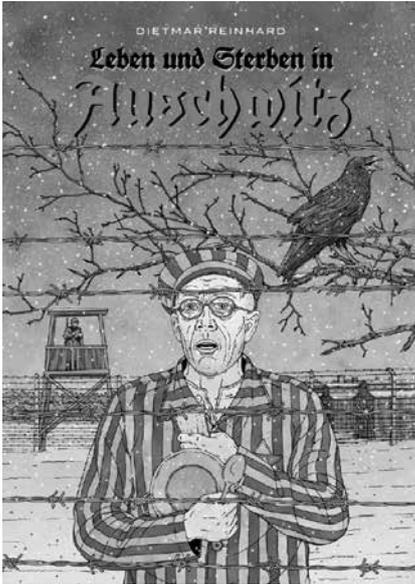
Partisanenorganisation, wurde.

Das Buch vermittelt einen jungen Mann, der mit ehrlicher Begeisterung selbst in schwierigen und lebensbedrohlichen Situationen standhaft blieb, während sich bürgerliche und klerikale slowenische Parteien am Verrat üben. Eine Tatsache, die Franta ausdrücklich beklagt und dabei nicht mit heftiger Kritik an der katholischen Kirche spart. Das Buch kennt aber auch Selbstkritik und Enttäuschung, wodurch die erfrischende Ehrlichkeit Frantas wahrhaftiger erscheint. Die Lebenserinnerungen sind mit einer Leichtigkeit geschrieben, die die Lektüre dieses Buches zu einem packenden Ereignis machen und eine ansteckende Wirkung für einen Freiheitskämpfer entfalten können.

Claus Michl-Atzmüller ■

Franc Sever – Franta: Momente der Entscheidung, bahoe books, Wien 2021, ISBN 978-3-903290-21-1, 332 Seiten, € 19,00

Leben und Sterben in Auschwitz



Der deutsche Illustrator Dietmar Reinhard legt nach fünfjähriger akribischer Arbeit mit umfangreichem Quellenstudium eine Chronologie von Auschwitz als Graphic Novel vor. Als Leitfaden für den dokumentarischen und realistischen Zugang diente das „Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945“ (1989) von Danuta Czech. Bis in die kleinsten Details und die Dialoge folgt „Leben und Sterben in Auschwitz“ der historischen Evidenz.

Anders als das vierfärbige Buchcover sind die Zeichnungen in Stufen von Grau, kaum merklich grundiert von blassem Beige und einem gelegentlichen Brauntönen, gehalten. Das tut ihrer starken Wirkung keinen Abbruch, ganz im Gegenteil. Weder blendet Reinhard die brutale Gewalt der SS aus, noch erspart er der Leserin / dem Leser Zeichnungen der Körper der Ermordeten. Dietmar Reinhard orientiert sich an authentischen Fotografien und Texten und schafft damit etwas Neues. Ein wertvolles Buch.

Gerald Netzl ■

Dietmar Reinhard: Leben und Sterben in Auschwitz, bahoe books, Wien 2022, ISBN 978-3-903290-83-9, 128 Seiten, € 25,00

Mauthausen-Erinnerungen

In der Schriftenreihe Mauthausen-Erinnerungen publiziert die KZ-Gedenkstätte Mauthausen Texte, die die Erfahrung der Deportation in das KZ Mauthausen thematisieren. Im Zentrum stehen dabei die ehemaligen Gefangenen und der sprachliche Ausdruck ihrer Erinnerungen als Mittel zur Verarbeitung der Lagererfahrung. Die veröffentlichten Texte sollen die vielfältige nationale, kulturelle und soziale Herkunft sowie die unterschiedlichen Deportationsgeschichten und Haftbedingungen der Gefangenen des KZ Mauthausen reflektieren.

Sämtliche Formen sprachlichen Ausdrucks sind dabei von Interesse. Publiziert werden Texte mit literarischem Anspruch ebenso wie Autobiografien oder auch sogenannte Ego-Dokumente, die ursprünglich nicht für ein größeres Publikum geschrieben worden sind (wie etwa Tagebücher). Jenseits üblicher Gattungsgrenzen setzt sich die KZ-Gedenkstätte Mauthausen mit der Schriftenreihe Mauthausen-Erinnerungen das Ziel,

Werke aus dem ganzen Formenrepertoire der „Memoirenliteratur“ zu veröffentlichen.

Die Texte beleuchten Fragen, die aus der Extremerfahrung KZ-Haft entstehen: Wie schreibt sich diese in die Identität der ehemaligen Gefangenen ein? Wie wird sie als Episode der individuellen Lebensgeschichte erzählt und welchen Status hat sie innerhalb dieser Erzählung? Inwiefern prägt der biographische Bruch die weitere Lebensgeschichte? Welche unterschiedlichen „Lagerrealitäten“ auf Ebene individueller Erfahrungen gibt es? Mit welchen sprachlichen Mitteln wird versucht, dieser Erfahrung Ausdruck zu verleihen? Wie verhält sich die individuelle Darstellung zu kulturell, sozial, national oder anders vorgeprägten Narrativen?

Bisher sind sechs Bände in den Mauthausen-Erinnerungen erschienen. Die Schriftenreihe wird von Christian Dürr, Elisa Frei, Gregor Holzinger, Katharina Kniefacz, Andreas Kranebitter und Ralf Lechner kuratiert.



Vasyly Bunelyk

Soldaten des ‚kleinen Kriegs‘

Erinnerungen eines ehemaligen Häftlings der faschistischen Todeslager

Mauthausen-Erinnerungen | 6

new academic press

Gerald Netzl ■

War das jetzt rassistisch?

„Darf ich deine Haare anfassen?“, „Woher kommst du wirklich?“, „Wie hast du so gut Deutsch gelernt?“. Auch in scheinbar harmlosen Alltagsfragen verstecken sich oft Vorurteile. In einem im Vorjahr erschienenen Buch melden sich österreichische People of Color selbst zu Wort und berichten darüber, wie Alltagsrassismus bei uns aussieht. Antirassismus-ExpertInnen aus der afrikanischen, muslimischen, asiatischen, jüdischen und Roma-Community erklären, woran rassistische Fragen und Denkmuster erkannt werden können und geben

Tipps, diese zu überwinden. Die weiße Leserin / der weiße Leser wird sich oft denken „So bin ich nicht.“ nur um oft (selbst-)kritisch feststellen zu müssen „Vielleicht bin ich doch – zumindest ein bisschen – so?“ Das Buch sensibilisiert und das ist gut so. 2022 haben wir Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen das Volksbegehren „Black Voices“ unterstützt, unsere Unterstützung des Kampfes gegen Diskriminierung und Rassismus bleibt ungeteilt.

Gerald Netzl ■



Black Voices: War das jetzt rassistisch? 22 Antirassismus-Tipps für den Alltag, Leykam, Wien 2022, ISBN 978-3-7011-8241-1, 240 Seiten, € 24,50



Armut überwinden

Viele Mitglieder unseres Bundes sind auch Mitglied der Volkshilfe. Diese soziale Hilfsorganisation wurde 1947 in Wien gegründet und gibt seitdem in ganz Österreich bedürftigen Menschen Unterstützung und Hoffnung. Zum 75. Jubiläum erschienen das Buch „Aus Widerstand und Solidarität“ von Alexander Emanuely (siehe „Kämpfer“ 3/2022 S. 20) sowie die Graphic Novel „Armut überwinden“.

„Armut überwinden“ erzählt die Vor-Geschichte der Volkshilfe: Vom Ende der Monarchie, der Gründung der Ersten Republik und dem Aufbau sozialer Strukturen. 1922 wurde die Vorläuferorganisation „Societas“ geschaffen. Während des Austrofaschismus und während des noch brutaleren Nationalsozialismus wirkte die „Sozialistische Arbeiterhilfe“ in enger Kooperation mit den Revolutionären Sozialisten in der Illegalität. Gerade dieser Teil der Geschichte macht das Buch für uns FreiheitskämpferInnen so wertvoll.

Erzählerin der Geschichte ist die fiktive Hauptfigur Leopoldine „Poldi“ Cerny. Sie erlebt zuerst als Hilfspfängerin die Gründung und den Aufbau der Societas und gestaltet deren Geschichte später aktiv als Krankenschwester mit. Anlässlich der Neugründung unter dem Namen Volkshilfe erzählt Poldi im Jahr 1947 einem jungen Reporter aus ihrem Leben.

Zeichnerisch umgesetzt wurde die Geschichte von den Künstlerinnen Nina Dietrich und Bettina Egger, Szenario und Text stammt von Harald Havas, Mitbegründer der erfolgreichen österreichischen Comic-Serie „ASH - Austrian Superheroes“. Ein gelungenes, sehr weibliches Buch über ein wichtiges Stück Geschichte der ArbeiterInnenbewegung.

Gerald Netzl ■



Nina Dietrich, Bettina Egger und Harald Havas: **Armut überwinden - Die Geschichte der Volkshilfe**, Echomedia, Wien 2022, ISBN 978-3-903989-40-5, 48 Seiten, € 25,50

Der Freiwillige

Jack Fairweather erzählt die Geschichte von Witold Pilecki. Er war Soldat sowie Mitglied der Untergrundbewegung in Polen und gilt als einziger Mensch, der freiwillig ins KZ Auschwitz ging.

Nach der Besetzung Polens setzte sich Witold Pilecki rasch in Kontakt mit WiderstandskämpferInnen in Polen. Nachdem Gerüchte aufgekomen waren, dass in der Nähe der Stadt Oświęcim / Auschwitz ein Lager entstanden war, in das immer mehr Menschen gebracht worden waren, ließ sich Witold Pilecki freiwillig internieren, um die dort verübten Verbrechen zu



dokumentieren. Im KZ knüpfte er Kontakte zu anderen Häftlingen, mit deren Hilfe er Informationen für seine Berichte sammelte, die dann rausgeschmuggelt wurden. Gemeinsam mit anderen baute er ein Untergrundnetzwerk auf und verfolgte das Ziel eines Aufstands im Lager. Das Buch über Witold Pilecki ist eine leicht lesbare Biographie, die gut recherchiert ist und sich auf umfangreiches Quellenmaterial stützt.

Jack Fairweather: **Der Freiwillige**, btb Verlag, 2022, ISBN: 978-3-442-77110-3, 592 Seiten, € 18,50

Julia Hinterseer-Pinter ■

Wir gratulieren: Jänner bis März 2023

100. Geburtstag: Wachold Kurt; Wien, **98. Geburtstag:** Seeböck Edith, Wien, **97. Geburtstag:** Male Maria, Ferlach; Schmitt Rosina, Linz; Lirsch Elfriedem Schwarzau am Steinfeld; Sasso Katharina, Winzendorf, **95. Geburtstag:** Hofbauer Frieda, Wien, **94. Geburtstag:** Tallon Anna, Linz; Rauch Josef, Zell am Ziller, **93. Geburtstag:** Weichenberger Josef, Salzburg; Kromer Herta, Rabenseifner Johann, Wien, **92. Geburtstag:** Schöggel Friedrich, St. Pölten; Sablik Erich, Steyr; Gorski Kurt, Lauppert Edith, Wien, **91. Geburtstag:** Blahusch Johann, Heidenreichstein; Pichelmann Hedwig Schmid Rudolf, Wien, **90. Geburtstag:** Buchberger Elisabeth, Salzburg; Tschugg Klara, St. Johann/Tirol; Obendorfer Hans, Doblinger Walter, Wien, **85. Geburtstag:** Zehetner August, Haid bei Ansfelden; Karner Alois, Lanzenkirchen; Feher Theodor, Müllendorf; Hold Georg, Rannersdorf; Hofbauer Heinrich, Rosenau am Hengstpass; Waldhart Kurt, Salzburg; Hammer Rupert, Mautner Egon, Scheidl Josef, Sevcik Johann, Wien, **80. Geburtstag:** Conrad Manfred, Bad Gleichenberg; Grassnigg Wolfgang, Baumgartenberg; Jarmer Johann, Deutsch-Wagram; Helmreich Herta, Herzogenburg; Langanke Albert, Linz; Wlcek Franz, Maria Gugging; Ocenasek Werner, Obdach; Nasko Siegfried, Pyhra; Schattauer Peter, Salzburg; Beuleke Dieter, Schärding; Fiala Josef, Velm-Himberg; Bucek Josef F., Freywald Karl, Heinrich Kurt, Koskarti Eva, Lahounik Heinrich, Maierhofer Anna, Starcevic Josef, Wien, **75. Geburtstag:** Schärmer Karl, Buch; Roth Georg, Ferndorf; Winkler Gerhard, Graz; Layroutz Raimund, Klagenfurt; Endler Helga, Kleinneusiedl; Frank Franz, Klingenbach; Hospodar Helmut, Linz; Musser Norbert, Melk; Kotschwar-Langer Susanne, Mödling; Schmidleithner Irmgard, Neuhofen; Izmenyi Josef, Pötsching; Kassecker Helmut, Pottenbrunn; Breidler Hermann, Steinbrunn; Preyer Josef, Steyr; Scheffknecht Rosemarie, Vomp; Büchele Erwin, Eckhart Walter, Edlinger Fritz, Gelbard Ingeborg, Holzhacker Hilde, Horak Karl, Konrad Helga, Rios Raul, Schober Aloisia, Schroll Wolfgang, Schwarz Bernhard, Slechta Anton, Spät Kurt, Swoboda Alfred, Wagner Franz, Zrost Elfriede, Wien; Pichler Karl, Wr. Neustadt



Karl und Ella Heinz

Seit 1989 erscheinen alljährlich vom Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung herausgegebene Publikationen unter dem Reihentitel „Dokumentation“. Sie sind jeweils einem Spezialthema gewidmet und präsentieren bis dato weitgehend unveröffentlichte Unikate und Raritäten aus seinen archivalischen Sammlungen. Ende 2022 erschien Dokumentation 1-4/2021 (kein Druckfehler), die dem Ehepaar Karl und Ella Heinz gewidmet ist.

Der 1895 geborene Karl Heinz erlernte den Beruf des Schriftsetzers. Von 1921-1930 war er Obmann (= Verbandsvorsitzender, Anm.) der Sozialistischen Arbeiterjugend, von 1926-1931 sogar Vorsitzender der Sozialistischen Jugendinternationale. In der Zeit der Rätebewegung unterstützte er Friedrich Adler als Sekretär, ab 1923 war er Sekretär des Republikanischen Schutzbund, gehörte dem Parteivorstand der SDAP an und von 1930-1934 dem Nationalrat. Von Verhaftung bedroht floh er bereits am 9. Februar 1934 in die Tschechoslowakei und war dort, nach dessen Flucht, enger Mitarbeiter Otto Bauers im Auslandsbüro der österreichischen Sozialdemokraten (ALÖS) in Brünn.

1938 war er kurz in Frankreich und dann drei Jahre in Schweden, wo er mit Bruno Kreisky in der sozialdemokratischen Flüchtlingshilfe zusammenarbeitete. 1941, kurz vor Hitlers Überfall auf die Sowjetunion, floh er über Moskau und Wladiwostok nach Los Angeles. Karl Heinz war in der Emigration auch beim Aufbau der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVOES) aktiv.

1982 wurde der Karl-Heinz-Hof in der Gerichtsgasse 3 in Floridsdorf benannt. In Liesing gibt es die Karl-Heinz-Straße, sie heißt allerdings nach dem Gürtler und (sozialdemokratischen) Vizebürgermeister von Atzgersdorf Karl Heinz (1875-1928).

Von kleineren Lücken und Irrtümern abgesehen zeichnet sich die wertvolle Dokumentation durch Prägnanz, gute Lesbarkeit und vor allem ein sehr ansprechendes Layout aus. Die Mitgliedschaft im VGA ist eine lohnende Investition!



Bernhard Kuschey: Karl und Ella Heinz, VGA, Wien 2022, ISSN 2305-5669, 80 Seiten, € 28,00

Gerald Netzl ■

Die Linke unter Generalverdacht – und der Versuch einer Immunisierung

Dem Befund von Genossin Barbara Serloth in ihrem Artikel „Antisemitismus in der Linken – der dunkle Wegbegleiter“ möchte ich mit Nachdruck widersprechen. Nicht, dass es keinen Antisemitismus in der Linken gäbe – es gibt ihn, und er hat tiefe historische Wurzeln. Nicht, dass es nicht notwendig wäre, ihn bewusst zu machen und zu bekämpfen. Und nicht, dass sich der heutige Antisemitismus nicht oft hinter Antizionismus verstecken würde. Ja, das tut er. Mein Widerspruch gilt dem Undifferenzierten, Pauschalierenden, ja Holzschnittartigen von Barbara Serloths Befund. Da wird die Linke gleich unter Generalverdacht gestellt. Und jene in der Linken, die Israel kritisieren, schon gar. Da wird Zionismus über den Umweg Judenstaat mit dem Judentum faktisch gleichgesetzt. Und die Möglichkeit einer linken, fortschrittlichen, nicht antisemitischen Zionismuskritik schlichtweg verneint. Denn Genossin Serloth verkündet mit Robert Misrahi (einst Mitglied der zionistischen Terrorgruppe Lehi) apodiktisch: „Der Antizionismus ist ein von Grund auf reaktionäres Phänomen ...“ Na dann.

Tatsächlich ist Zionismus eine ideologische Strömung im Judentum und keineswegs das Judentum selbst. Warum eine ideologische Strömung, ein historisch-politisches Phänomen, nicht kritisch analysiert und hinterfragt werden soll, bleibt ein Rätsel. Ist es nicht vielmehr so, dass die Anhänger des Zionismus diesen gegen Kritik durch den Pauschalvorwurf des Antisemitismus immunisieren wollen? Gerade jüdische Denkerinnen und Denker haben sich von diesem Denkverbot nicht abschrecken lassen: Eric Hobsbawm, Ernest Mandel, Erich Fried, Harold Pinter, Marek Edelman, Noam Chomsky, Nadine Gordimer, Tony Judt, Judith Butler, Moshe Zuckermann ... Die Liste ließe sich noch sehr lange fortsetzen. Alles Reaktionäre? Oder jüdische Antisemiten? Wohl kaum.

Befremdlich ist für mich auch, mit welcher Nonchalance Barbara Serloth über die historischen und aktuellen Auswirkungen des Zionismus auf die arabische Bevölkerung Palästinas hinweggeht. Da reicht ihr der Hinweis, eine Terrorbewegung (offensichtlich meint sie die Hamas) herrsche über „die Palästinenser:innen“. Man möge sich doch „anderen, schwerwiegenden Problemen der geopolitischen Region“ widmen. Dass die systematische Diskriminierung und Verdrängung der Palästinenser:innen in Ostjerusalem und im Westjordanland schwerwiegend genug ist, um ein internationales Problem zu sein, sehen nicht nur diese selbst so. Es sollte zu denken geben, dass zwei frühere Botschafter Israels in Südafrika, Ilan Baruch und Alon Liel (letzterer war auch Generaldirektor des israelischen Außenministeriums), die Siedlungspolitik als Apartheid verurteilen. In der „Berliner Zeitung“ schreiben sie: „Kann die Politik der Trennung und eines zweistufigen Rechtssystems, das auf nationaler und ethnischer Diskriminierung beruht, etwas anderes sein als Apartheid? ... Es muss ... betont werden, dass es nicht antisemitisch ist, Israels Behandlung der Palästinenser als Apartheid zu bezeichnen. Als jüdische Israelis sind wir der Auffassung, dass die Instrumentalisierung des Antisemitismus zur Erreichung eines politischen Ziels eine glasklare Missachtung des Begriffs darstellt.“

Wer einen gerechten Frieden in Israel und Palästina will, der allein auch die Existenz der jüdischen Gemeinschaft dort dauerhaft zu sichern vermag, kommt um grundsätzliche Kritik am zionistischen Projekt nicht herum. Erst recht jetzt, wo dieses Projekt nach ganz rechts zu driften droht. Abe Foxman, der frühere Direktor der Anti-Defamation League (ADL), warnt vor einer Verwandlung Israels in einen „Staat des theokratischen Nationalismus“.

Leserbrief von Robert Eiter, Linz/Wels ■



So flieg, du flammende...

Glücklicherweise haben mehrere Fahnen des Republikanischen Schutzbunds den grünen und den braunen Faschismus überlebt! Wir wollen eine Fotodatenbank anlegen, vielleicht auch ein Poster im „Kämpfer“ mit Fotos dieser Fahnen bringen. Wer eine Fahne besitzt, bitten wir diese zu fotografieren (Vorderseite und Rückseite, Bild ca. 1 MB, eindeutig benennen z. B. „Fahne RESCH Korneuburg (1).jpg“ für die Vorderseite und „Fahne RESCH Korneuburg (2).jpg“ für die Rückseite, Namen der/des FotografIn) und an kaempfer@spoe.at zu schicken. Danke für deine Unterstützung!

Niemals vergessen!

Der Bundesvorstand hat beschlossen, anlässlich 90 Jahre Februar 1934 die Publikation lokaler oder regionaler Schriften über den 12. Februar 1934 zu unterstützen: Grafik/Layout und/oder Druck (nicht die Textierung!) werden mit bis zu € 1.000,- gefördert. Für bis zu fünf Publikationen stehen Mittel zur Verfügung. **Anfragen bzw. Einreichung bis 31. August 2023 kaempfer@spoe.at**



Martin Senekowitsch

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Elisabeth Fleischanderl, Matteo Gebhart, Martin Gressl, Julia Hinterseer-Pinter, Severin Holzknicht, Kira Höfenstock, Annemarie Hopfgartner, Christine Hulatsch, Edith Krisch, Dominik Lang, Nina Mathies, Claus Michl Atzmüller, Gerald Netzl, Samuel Puttinger, Charlotte Rönchen, Julián Sanz Hoya, Andreas Sarközi, Christian Sevcik, Katrin Sippel, Jacqueline Stöger, Peter Weidner, Ingrid Zauner

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 24. Februar 2023

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 26. Mai 2023

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, Fax: Dw. 258, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Wenn nicht anders vermerkt: Redaktion FreiheitskämpferInnen

Lektorat: Klaus Bergmaier

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neofaschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M